LANDESJUGENDAMT

# ·inform

1/2008

jugendhilfe
& schule

# Bildungslandschaften gemeinsam gestalten

LANDSCHAFTS VERBAND RHEINLAND LVR

Qualität für Menschen

# in eigener sache

Bildungslandschaft: ein Begriff, der seit dem 12. Kinder- und Jugendbericht die Bildungsdiskussion beherrscht. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass Bildung mehr ist als Lernen im Unterricht und dass nur im *Zusammenspiel aller bildungsrelevanten Institutionen und Akteure* die mit dem Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen verbundenen Herausforderungen bewältigt werden können. Länder und Kommunen sind gleichermaßen aufgerufen, ihr Engagement in der Bildung im Rahmen einer staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft gemeinsam mit allen relevanten Akteuren – auch den Kindern (siehe Seite 9 ff.) – zukunftsorientiert weiter zu entwickeln. Diese Position vertreten auch Deutscher Verein und Deutscher Städtetag (siehe Seite 3 ff.).

Bildungslandschaft im hier verstandenen Sinne ist kein fertiges Einheitsmodell, sondern eine *Leitidee* für die Akteure in den Kommunen, die sich auf den Weg machen, bereits vorhandene Vernetzungsstrukturen – niemand fängt bei null an! – entsprechend der eigenen Bedarfe weiter zu entwickeln. Im Ergebnis entstehen so verschiedenste Bildungslandschaft*en*.

In NRW sind die Voraussetzungen gut, sind doch in den letzten Jahren u.a. durch die Offene Ganztagsschule im Primarbereich Kooperationen auf schulischer und kommunaler Ebene gewachsen. Eine interessante Entwicklung zeichnet sich zudem im Modellprojekt „Selbstständige Schule“ ab: Die beteiligten Kommunen und das Schulministerium NRW planen die gemeinsame Entwicklung „Regionaler Bildungsnetzwerke“.

Die Kinder- und Jugendhilfe ist *der* Bildungspartner von Schule! Das muss bei der Entwicklung kommunaler Bildungslandschaften berücksichtigt werden; und hier sind die Fachkräfte, Träger und Entscheidungsträger in den Jugendämtern aufgerufen sich aktiv einzubringen.

Das Bildungspotenzial der Kinder- und Jugendhilfe ist vielfältig, jedoch nach wie vor nicht allen Akteuren insbesondere aus dem schulischen Bereich bekannt. Ich lade Sie deshalb ein, die Kinder- und Jugendhilfe beim 13. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag im Juni in Essen persönlich kennen zu lernen und mit Fachkräften und Trägern ins Gespräch zu kommen.

Nutzen Sie die Chance!

Es grüßt Sie Ihr

Michael Mertens
Leiter des Dezernates Schulen, Jugend

## INHALT


### Schwerpunkt

Kommunale Bildungslandschaften: Diskussionspapier des Deutschen Vereins 3

Aachener Erklärung des Deutschen Städtetages „Bildung in der Stadt“ 8

Bildungslandschaften gemeinsam gestalten im Kölner Modellprojekt Altstadt Nord 9

### Schlaglicht

Mütter, Väter, Supernannis ... und Erziehung *von Christiane Griese* u.a. 14

### Das Projekt

Jungen ... welche Bedürfnisse sie haben und wie die OGS mit diesen umgeht *von Yvonne Sons* 16

Neue Wege für Jungs 19

Sexualisierte Gewalt im virtuellen Raum *von Sven Lehmann* 20

*Schlag.fertig*: Gewaltvorbeugung von und für Jungendliche an Kölner Schulen 22

### NRW

„Auf gutem Weg, aber noch lange nicht am Ziel“: Jugendpolitische Forderungen der AG der Spitzenverbände der Wohlfahrtsverbände NRW 24

Fortbildungen & Materialien zum Ganztag: OGS-Herbstakademie, Verbundprojekt „Lernen für den GanzTag“, Umgang mit muslimischen Schüler/-innen, Ausbau Ganztagshauptschulen, „Kooperation hilft“ und mehr 26

13. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag 2008 32

Kinderbildungsgesetz NRW und Schule 33

Sprachförderung in Tageseinrichtungen für Kinder 34

Kompetenzzentren an LVR-Schulen 35

Jugendhilfe Report 1/08: Schwerpunkt „Gerechtes Aufwachsen ermöglichen: 13. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag 2008 in Essen“ 36

36

SCHWERPUNKT

# Diskussionspapier des Deutschen Vereins zum Aufbau Kommunaler Bildungslandschaften

## Zentrale Inhalte

Kinder und Jugendliche wachsen heute in einer vielfältigen, pluralen und sich ständig verändernden Welt auf, in der formales wie nonformales und informelles Wissen und Können als die wesentlichen Schlüssel sowohl für individuelle Entfaltungs- und Teilhabechancen als auch für den Fortbestand der ökonomischen Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft gelten. Gelingende Bildungsprozesse gewinnen vor diesem Hintergrund immer mehr an Bedeutung. Bildung ist die Zukunftsressource nicht nur für junge Menschen, sondern auch für die Gesellschaft. Diese Voraussetzungen zu schaffen und die Prozesse erfolgreich zu steuern ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Der Deutsche Verein hat mit seinem gemeinsam mit der Deutschen Bank Stiftung durchgeführten bundesweiten Praxisforschungsprojekt „Coole Schule: Lust statt Frust am Lernen“ (2002 bis 2005) betont, dass es keine Alternative zur Zusammenarbeit vor allem der Bereiche Jugendhilfe, Schule und Wirtschaft im Bildungsbereich gibt. Das Projekt hat auch gezeigt, dass es erforderlich ist, über eine Kooperation hinaus zu einem verbindlichen und abgestimmten strukturierten Zusammenwirken zu kommen.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse internationaler Vergleichsstudien, wie insbesondere PISA, IGLU, TIMMS u.a., sieht der Deutsche Verein weiterhin die dringende Notwendigkeit, dass die verschiedenen Systeme der Bildung, Erziehung und Betreuung sich stärker öffnen und offensiver aufeinander zugehen. Eine Gesellschaft kann es sich sowohl sozial als auch volkswirtschaftlich nicht leisten, Ressourcen der nachwachsenden Generation nicht auszuschöpfen. Insoweit sollte vermieden werden, dass junge Menschen schon früh in ihrer Entwicklung ohne Berücksichtigung ihrer tatsächlichen Leistungspotenziale durch traditionell gewachsene Bildungsstrukturen selektiert werden. Dies ist nicht nur teuer, weil die Folgekosten (u.a. Weiterbildungsbedarfe, Alphabetisierung im Erwachsenenalter etc.) hoch sind, sondern es schmälert auch die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft.

Der Deutsche Verein spricht sich nachdrücklich dafür aus, dass alle Bildungsakteure, von der Familie über die Schule, Jugendhilfe bis zu Betrieben aufeinander bezogen arbeiten und im Sinne der bestmöglichen Förderung von Kindern und Jugendlichen zusammen wirken. Dabei geht es vor allem um die Vermittlung sozialer und schulischer Schlüsselkompetenzen und um die Unterstützung der Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Dies gelingt vor allem dann, wenn die je spezifischen institutionellen Ressourcen durch enge Kooperation miteinander verschränkt werden.

Vor diesem Hintergrund strebt der Deutsche einen weiteren Anstoß zur Überwindung des Denkens und Handelns in institutionellen Kategorien und der Zuweisung separierender Einzelzuständigkeiten an, mit dem Ziel, dass im kommunalen Raum ein kohärentes Gesamtsystem von Bildung, Erziehung und Betreuung Realität wird

Im Juni 2007 hat daher das Präsidium des Deutschen Vereins das von der

Arbeitsgruppe „Kommunale Bildungslandschaften“[1] unter dem Vorsitz von Prof. Klaus Schäfer erarbeitete und im Fachausschuss „Jugend und Familie“ beratene „Diskussionspapier des deutschen Vereins zum Aufbau Kommunaler Bildungslandschaften“ beschlossen.

Ausgehend von einem ganzheitlichen Bildungsverständnis, in dem soziales, schulisches und emotionales Lernen miteinander verbunden sind, zeigt das Diskussionspapier neue Wege in der Zusammenarbeit und Vernetzung aller an Bildung, Erziehung und Betreuung beteiligten Akteure auf.

Der Deutsche Verein will mit diesem Diskussionspapier einen Beitrag zur Weiterentwicklung günstiger Rahmenbedingungen für die Entwicklung und Bildung junger Menschen leisten. Er ist sich darüber im Klaren, dass es die eine Lösung nicht geben wird, denn zu unterschiedlich sind die lokalen Rahmenbedingungen. Er ist aber davon überzeugt, dass gerade die auf den lokalen Raum bezogenen Anstrengungen besserer und umfassenderer Bildungs- und Entwicklungsförderung die richtige Antwort auf die jugend- und bildungspolitischen Herausforderungen sind. Dies gilt insbesondere deshalb, weil dort unmittelbar an den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen angeknüpft werden kann. Nur wenn diese Lebenswelten in den Blick der Bildung genommen werden, wird es gelingen, den Automatismus zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft zu entkoppeln und eine Teilhabe an Bildung für möglichst alle Kinder und Jugendlichen optimal zu ermöglichen.

Der Deutsche Verein wird den Prozess der Entwicklung lokaler Bildungsstrukturen weiter beobachten und durch fachliche Unterstützung begleiten. Er bittet alle lokalen Bildungsakteure um Mithilfe bei der Sammlung und Aufbereitung lokaler Erfahrungen. Der Deutsche Verein bietet sich gerne als bundesweite Informationsplattform an.

Nachstehend werden in komprimierter Form die zentralen Inhalte des Diskussionspapiers vorgestellt (vgl. NDV 87. Jahrgang August 2007 Nr. 8/2007 S. 294-304).

## 1. Der lokale Raum wird für Bildungsprozesse immer bedeutender

Entscheidender Ansatzpunkt für Bildungsprozesse ist der lokale Raum. Dort ist die Lebenswelt junger Menschen, dort gehen sie zur Schule und wachsen in sozialen Zusammenhängen auf, dort erfahren sie Familie und Freunde. In dem Aufbau Kommunaler Bildungslandschaften sieht der Deutsche Verein einen Weg, die Lern- und Lebenswelt junger Menschen miteinander zu verbinden.

Der kommunale Raum bietet die Chance, ein Gesamtsystem von Bildung, Erziehung und Betreuung zu entwickeln und als tragende Struktur zu verankern. Er kann eine wesentliche Grundlage dafür sein, eine systematische Verbindung der einzelnen Angebote, Orte und Modalitäten der Bildung, Erziehung und Betreuung junger Menschen und die Zusammenarbeit aller Bildungsakteure verbindlich sicherzustellen.

Daher sollten nach Auffassung des Deutschen Vereins Bildungs- und Lernprozesse an den altersspezifischen Phasen junger Menschen ansetzen und sich an den jeweiligen Bildungsorten und Lernwelten orientieren.

## 2. Kommunale Bildungslandschaften schaffen eine neue Grundstruktur in der Organisation von Bildungsprozessen

Der Deutsche Verein versteht unter einer Kommunalen Bildungslandschaft die Gesamtheit aller auf kommunaler Ebene vertretenen Institutionen und Organisationen der Bildung, Erziehung und Betreuung, eingefügt in ein Gesamtkonzept der individuellen und institutionellen Bildungsförderung in Federführung eines kommunalen Verantwortungsträgers. Diese Struktur, ihre Mitwirkenden und ihre fachlichen Beiträge zielen darauf ab, unter Berücksichtigung der jeweiligen sozialen Situation von Kindern und Jugendlichen die individuelle und institutionelle Förderung so zu gestalten, dass alle beteiligten Bereiche ihre Kompetenzen ganzheitlich darauf ausrichten, einen strukturierten und kontinuierlichen Bildungs- und Förderverlauf für junge Menschen sicherzustellen.

Das Zusammenführen von unterschiedlichen Akteuren der Bildungslandschaft hat bereits in zahlreichen Kommunen begonnen. Dabei sind verschiedene Formen der Kooperation entstanden: regionale Bildungsbüros, in denen Beratung und Koordination stattfindet, neue Konzepte in der Steuerung der Bildungsprozesse entwickelt werden, Planungsinstrumente präzisiert und netzwerkartig miteinander verbunden sind, Schule und Jugendhilfe als gemeinsame Aufgaben in einem Amt bzw. in einem gemeinsamen Dezernat zusammengeführt werden, und vernetzte Formen der Zusammenarbeit im Kontext sozialräumlicher Konzepte.

Kommunale Bildungslandschaften gehen aber weiter. Sie zielen auf eine strukturierte Abstimmung von Bildungsstrukturen und -organisation, auf die Entwicklung eines gemeinsamen Förderplans der Institutionen und Akteure, mithin auf ein Gesamtkonzept der gemeinsamen Verantwortung und des Handelns ab. Ihre Grundstruktur richtet sich nach den Lebens- und Lernwelten junger Menschen, den staatlich vorgegebenen Leistungsanforderungen und den Bildungsbedingungen des kommunalen Raums.

(1) Mitglieder der Arbeitsgruppe „Kommunale Bildungslandschaften“ unter dem Vorsitz von Prof. Klaus Schäfer: Doris Beneke, Diakonisches Werk, Berlin; Dr. Johannes Bernhauser, Diözesancaritasverband, Köln; Bernd Eibeck, Hauptvorstand GEW, Frankfurt/M; Jörg Freese, Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin; Dr. Siegfried Haller, Stadtjugendamt Leipzig; Angela Lorenz, Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, Thüringen, Erfurt; Petra Mund, Geschäftsstelle Deutscher Verein, Berlin; Sven Nachmann, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Berlin; Martina Pauli-Weidner, Kreisjugendamt Schwäbisch-Hall; Peter-Joachim Rieckmann, Amt für Bildung und Sport, Hamburg; Matthias Ritter-Engel, Arbeiterwohlfahrt, Bonn; Rita Rzyski, Schuldezernat Stadt Duisburg; Jürgen Seiring, Schulverwaltungsamt, Landkreis Gotha; Christian Stronk, Deutsche Bank Stiftung, Frankfurt/M; Dr. Irene Vorholz, Deutscher Landkreistag, Berlin; Birgit Zeller, Landesjugendamt Rheinland-Pfalz, Mainz.

SCHWERPUNKT

### 3. Das Einbeziehen aller Beteiligten ist eine wesentliche Grundbedingung für das Gelingen einer Kommunalen Bildungslandschaft

In einer Kommunalen Bildungslandschaft sind auf der Basis eines bildungspolitischen Gesamtkonzeptes die differenten Angebote und Orte der Bildung, Erziehung und Betreuung institutionell und verbindlich miteinander verzahnt. Durch die enge und vernetzte Abstimmung der Institutionen in den Kommunalen Bildungslandschaften werden die spezifischen inhaltlichen Dimensionen von Bildung, Erziehung und Betreuung in einem konsistenten Gesamtkonzept der Förderung und Stärkung von Bildung und Erziehung zusammengeführt.

Im Kern gehören zur Struktur Kommunaler Bildungslandschaften die Familien, die Angebote der Kindertagesbetreuung, die Schulen und die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe. Die Einbeziehung dieser grundlegenden Angebote in Kommunale Bildungslandschaften ist zwingend erforderlich. Darüber hinaus sind in Abhängigkeit der lokalen Situation weitere Angebote der Bildung, Erziehung und Betreuung junger Menschen einzubinden.

Kommunale Bildungslandschaften verbinden diese Institutionen im Sinne eines produktiven Zusammenwirkens. So soll es gelingen, dass Schule Teil eines breiteren, sich auf die Lebenswelt junger Menschen beziehenden Bildungsprozesses wird. Die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe und der anderen Felder, wie z.B. der Wirtschaft, der Kultur und des Sports werden ihrerseits systematisch und verbindlich in die Bildungsverantwortung einbezogen. Ferner geht mit der Einbeziehung von nonformalen Angeboten, Orten und Modalitäten der Bildung in das Gesamtkonzept auch die verstärkte Einbeziehung ehrenamtlich Tätiger einher.

### 4. Familien sind zentrale Bildungspartner in Kommunalen Bildungslandschaften

Das Wirken Kommunaler Bildungslandschaften bezieht vor allem auch die Eltern/Familien mit ein. Eltern sind die zentralen Partner für Institutionen und Einrichtungen, wenn es um Fragen der Bildung und Erziehung junger Menschen geht.

Die Zahl der Eltern/Familien, die in ihren Kompetenzen und ihrem Erziehungsauftrag gestärkt werden müssen, wächst. Viele Familien bedürfen vor allem bei der Bildung, Erziehung und Betreuung ihrer Kinder verlässlicher Unterstützung. Hier ist ein erheblicher Nachholbedarf festzustellen. Deshalb sind vor allem auch im Rahmen der Familienbildung entsprechende Angebote erforderlich (vgl. die Bestandsaufnahme und Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Weiterentwicklung der Familienbildung, März 2007).

Die konzeptionelle Weiterentwicklung der Elternarbeit ist deshalb als Auftrag in die Arbeit einer Kommunalen Bildungslandschaft zu integrieren. Elternarbeit im Sinne umfassender Beratung, Information und Unterstützung/Begleitung geht weit über den Elternabend in der Kindertageseinrichtung oder der Schule und auch über sporadische Formen der Elterninformation durch Träger der Kinder- und Jugendhilfe hinaus. Wichtig ist ein umfassendes Konzept der Elternansprache, der Elterngewinnung, der Elternbildung, der Information und Beratung.

### 5. Es bedarf eines kommunalen Gesamtkonzepts der Bildung, Erziehung und Betreuung

Die Kommune hat eine entscheidende Mitverantwortung für die Sicherung günstiger Rahmenbedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen.

Zentraler inhaltlicher Kern einer Kommunalen Bildungslandschaft ist die Entwicklung eines öffentlich verantworteten Gesamtkonzepts der Bildung, Erziehung und Betreuung auf der Basis der spezifischen Lebenslagen und Bedürfnisse der jungen Menschen des kommunalen Raums. Dadurch erweitert sich die Perspektive und richtet sich zunächst weg von der einzelnen Schule, hin zu den Angeboten des kommunalen Raums und setzt sich in Bezug zu den spezifischen Bedürfnissen der jungen Menschen und ihrer Familien in deren Lebenswelten. Für die Kindertageseinrichtungen haben inzwischen alle Länder fachliche Orientierungen für Bildungsprozesse und Bildungsplanung vorgelegt. Die fachpolitische Steuerung ist dabei ausdrücklich in die Verantwortung der Kommune gegeben. Damit ist rechtlich die Basis für eine inhaltliche Ausgestaltung Kommunaler Bildungslandschaften geschaffen.

### 6. Schulentwicklungsplanung und Jugendhilfeplanung sind systematisch miteinander zu vernetzen und ein Bildungsmonitoring ist aufzubauen

Als bereits verfügbare Instrumente für die Erhebung und Erfassung der erforderlichen Daten können zunächst die Jugendhilfeplanung und die Schulentwicklungsplanung identifiziert werden. Diese bestehenden Planungsinstrumente der Kinder- und Jugendhilfe und des Schulträgers müssen systematisch integriert und mit der Sozial- und Stadtentwicklungsplanung abgestimmt und zusammengeführt werden. Die konzeptionelle Verzahnung ermöglicht die Planung von Bildungsprozessen und das Zusammenwirken von Jugendhilfe und Schule.

Die Einbeziehung weiterer spezifischer Daten der Kommune, beispielsweise aus der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Stadtentwicklungsplanung, ermöglicht eine weitere Verdichtung des Planungsprozesses in qualitativer und quantitativer Hinsicht.

Die Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Schule und weiterer Akteure des kommunalen Raums kann gelingen, wenn sich alle Seiten ihrer Aufgaben und Ziele unter dem Aspekt eines gemeinsamen Bildungs- und Erziehungsauftrages bewusst sind und die der Partner ebenfalls akzeptieren.

Die Verschränkung der Planungsinstrumente aus den Bereichen Jugendhilfe und Schule stellt daher den ersten Schritt zu einer systematischen Erfassung der Förerbedarfe junger Menschen im kommunalen Raum dar.

Zur Bündelung der finanziellen Ressourcen aus den verschiedenen Haushaltsansätzen regt der Deutsche Verein

zudem an, Möglichkeiten für die Schaffung eines gemeinsamem Haushaltsansatzes auszuloten, in den die Mittel aus den jeweiligen Einzelansätzen fließen. Über die Verwendung der Mittel wäre dann gemeinsam zu entscheiden.

Erst durch die kontinuierliche und systematische Erfassung zentraler Grunddaten der demografischen und soziostrukturellen Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien (z.B. Bevölkerungsentwicklung, Gemeinde- und Stadtteilprofile, soziale Aspekte, Infrastrukturdaten) sowie der Daten, die Aussagen über Bildungsverläufe von Kindern und Jugendlichen und die Nutzung der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe über einen längeren Zeitraum ermöglichen, wird eine valide Entscheidung über die bei der bildungspolitischen Förderung zu legenden Schwerpunkte möglich. Vor diesem Hintergrund wird eine abgestimmte Planung zu einem wesentlichen Instrument für die Gestaltung Kommunaler Bildungslandschaften.

Der Deutsche Verein regt nachdrücklich die Etablierung eines Systems der kommunalen Bildungsberichterstattung als einer spezifischen Praxis der Beobachtung von Bildungssystemen und -prozessen an. Ziel muss es dabei sein, die kleinräumig erhobenen Daten- und Planungsbefunde insbesondere zu den Bereichen der Schule/Bildung, der Sozialstruktur der Kommune und der Kinder- und Jugendhilfe aufzubereiten und Hinweise für konkrete kurz- und mittelfristige Handlungsbedarfe zu liefern. Erst auf der Basis einer fundierten empirischen Datenbasis als Produkt einer systematischen kommunalen Bildungsberichterstattung werden die Entwicklung von gemeinsamen Zielen innerhalb des bildungspolitischen Gesamtkonzepts sowie Vereinbarungen der Akteure darüber, wie diese Ziele erreicht werden können, möglich.

## 7. Die Verantwortung für den Aufbau, die Gestaltung und Pflege des Bildungsnetzwerkes obliegt der Kommune

Die Verantwortung für die Umsetzung des bildungspolitischen Gesamtkonzepts und die Steuerung des Gesamtprozesses liegt in der Hand der Kommune. Von ihr geht die Initiative für den Beginn des Aufbaus Kommunaler Bildungslandschaften aus. Die Kommune stellt sicher, dass das bildungspolitische Gesamtkonzept nicht als singuläres Element im kommunalen Raum steht, sondern mit weiteren in der Kommune existenten Gesamtkonzepten bzw. Leitlinien, beispielsweise zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, verzahnt wird.

Die Kommune ist sowohl für den Aufbau als auch für die Pflege der Netzwerk- und Kooperationsstrukturen zwischen den einzelnen Akteuren verantwortlich. Diese zentrale Steuerung durch die Kommune, bei gleichzeitiger Wahrung der Autonomie der einzelnen Beteiligten und ihrer Beiträge, gewährleistet, dass die Kommunale Bildungslandschaft die strategische Rahmung zur Sicherung eines umfassenden Kooperationsprozesses wird, in dem alle Beteiligten verantwortlich ihre Kompetenzen und Möglichkeiten in den Gestaltungsprozess von Bildung, Erziehung und Betreuung einbringen. Die strukturelle Vielschichtigkeit, sowohl des Schulsystems als auch der außerschulischen Systeme, wird dadurch durchschaubarer, die bereichsspezifischen Grundverständnisse und Ansätze werden berücksichtigt, die Finanzierungsfragen einbezogen und das partnerschaftliche Zusammenwirken der Fachkräfte und Träger verbessert. Damit dies gelingen kann, müssen Kommunale Bildungslandschaften gleichfalls politisch getragen werden.

Zur Unterstützung des Aufbaus und der Arbeit der Beteiligten des Netzwerkes empfiehlt der Deutsche Verein die Initiierung eines öffentlichen und fortlaufenden Diskussionsprozesses, in dem sich die relevanten Akteure der Ebenen Steuerung, Planung und Praxis gemeinsam und verbindlich über die zukünftige Gestaltung des bildungspolitischen Gesamtkonzeptes verständigen können. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, Bildung zukünftig als eine im öffentlichen Interesse liegende Aufgabe zu sehen, in der alle kommunalen Akteure, vom bürgerschaftlichen Engagement bis hin zu Unternehmen, Stiftungen, Einzelpersönlichkeiten und anderen Organisationen und Bündnissen (z.B. Das Bündnis für Familien) einbezogen und mobilisiert werden. Dieser kommunale Diskussionsprozess wird damit zu einer zentralen Plattform für die Vereinbarung von verbindlichen Zielen der Kommunalen Bildungslandschaft.

## 8. Die Struktur der Bildungslandschaft muss verlässlich und verbindlich sein

Die Umsetzung des bildungspolitischen Gesamtkonzeptes gelingt, wenn die beteiligten Akteure im Feld ein weitgehend einheitliches Verständnis von umfassenden Bildungsprozessen haben und ihr Handeln vernetzt begreifen. Diese professionelle Haltung kann nicht einfach vorausgesetzt werden – sie muss gemeinsam erarbeitet und erprobt werden, bevor sie ihr innovatives Potenzial in allen Bereichen entfalten kann.

Um dieses zu erreichen, empfiehlt der Deutsche Verein, den Prozess der gemeinsamen Planung und Verständigung durch die Entwicklung von Fort- und Weiterbildungsangeboten zu unterstützen. Diese sollten sich an mehr als eine Profession richten, Akteure formeller und nicht formeller Bildung zusammenführen und dadurch den Austausch über unterschiedliche Bildungskonzepte und Bildungsorte sowie gemeinsame Planungsprozesse ermöglichen. Die sicherlich vorhandenen Differenzen in den Grundanschauungen der unterschiedlichen Professionen können in diesem Rahmen konstruktiv genutzt werden. Ein Verständnis für die gemeinsame Verantwortung für das Aufwachsen und die Bildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen kann hier wachsen und zu einem gemeinsamen Handlungsverständnis weiterentwickelt werden.

Erfolgversprechende Ansatzpunkte liegen in der Entwicklung projektbezogener Fortbildungsangebote, in denen gemeinsame Vorhaben geplant und die Teilnehmenden bei der Umsetzung unterstützt werden. Die Projektideen sind übergreifend zu entwickeln und die Akteure im Rahmen der Kommunalen Bildungslandschaft zu bestimmen. Neben den Kindertagesstätten, den Schulen, der offenen Jugendarbeit, der Jugendverbandsarbeit, der Jugendsozialarbeit und den Hilfen zur Erziehung ist hier insbesondere der Bereich der kulturellen Bildung einzubeziehen, durch den das innovative und kreative Potenzial der Kulturlandschaft vor Ort nutzbar gemacht werden kann.

Ferner sollten die angestoßenen Entwicklungsprozesse sowie durchgeführte Projekte und Vorhaben im Rahmen von Fortbildungen überprüft und gegebenenfalls weiterentwickelt werden. Ebenso sind übergreifende Veranstaltungen zur Entwicklung weiterer Perspektiven innerhalb der jeweiligen Bildungslandschaft in den Blick zu nehmen.

Die Ergebnisse der einzelnen Fortbildungen sind systematisch festzuhalten und auszuwerten und allen Akteuren der Bildungslandschaft zugänglich zu machen, um Übertragungsmöglichkeiten für die Erkenntnisse und Ergebnisse zu schaffen.

## 9. Die kommunale Verantwortung für Bildung muss ausgebaut werden

Ein Blick in die kommunale Realität zeigt, dass das kommunale Engagement im Bildungsbereich deutlich zugenommen hat. Vor Ort hat sich in den vergangenen Jahren mehr und mehr das Verständnis durchgesetzt, dass durch ein strukturiertes Zusammenwirken aller Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsorte und -angebote ein die unterschiedlichen Lebenslagen der jungen Menschen berücksichtigendes bildungspolitisches Gesamtkonzept entwickelt und im kommunalen Raum implementiert werden kann. Damit sind die Voraussetzungen für die Schaffung Kommunaler Bildungslandschaften gut.

Gleichwohl ist dieses Engagement weiterhin durch den Dualismus der Zuständigkeiten geprägt. Diese, nach den Schulgesetzen der Länder zwischen Land und Kommunen existente, Trennung in innere und äußere Schulangelegenheiten führt in der Praxis immer wieder zu erheblichen Problemen, die einer gelingenden Kooperation entgegenlaufen können. Den Kommunen wird durch diese Trennung der konsequente Aufbau eines bildungspolitischen Gesamtkonzeptes erschwert, weil sie – bezogen auf die Schule – in der Regel bislang nur Schulträger sind und grundsätzlich keine Einflussmöglichkeiten auf die konkrete Gestaltung und die Qualität der Bildungsprozesse in der Schule und den Umgang mit den in erster Linie personellen Ressourcen haben. Durch die Einführung der selbstständigen Schule und durch eine wachsende Öffnung der Schulen in den Stadtteil hinein sowie durch den Ausbau der Ganztagsschulen sind neue Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet worden. Den Kommunen muss gleichzeitig bewusst sein, dass die bestehende Dualität in der Zuständigkeit für Bildung sie nicht von der Verantwortung für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen befreit. Sie müssen zudem ein fundamentales eigenes Interesse daran haben, ihre Standortqualität als Bildungskommune auszubauen.

Durch die Entwicklung von Ganztagsschulen und durch die in allen Bundesländern inzwischen weit verbreiteten Ganztagsangebote sowie durch Kooperationsansätze, insbesondere zwischen Schule und Jugendhilfe, haben viele Kommunen bereits ein bildungspolitisches Profil und sind faktisch bereits bildungspolitisch tätig. Zwar bestehen immer noch Hemmschwellen von Seiten der Schulen, doch sehen zahlreiche Schulen in einer Öffnung ihres Lernortes inzwischen erhebliche Vorteile für die Förderung ihrer Schüler/-innen.

Zur weiteren Beförderung dieser Ansätze bedarf es auch zukünftig eines Ausbaus der Eigenverantwortlichkeit der Schule. Die Übertragung von mehr Eigenverantwortung durch die Länder auf die Schule, beispielsweise durch Änderungen in den Schulgesetzen oder durch Modellkonzepte, darf jedoch nicht an der Kommune vorbei geschehen. Dies widerspräche den Grundgedanken Kommunaler Bildungslandschaften. Der Kommune als Schulträger muss daher durch die Länder die Aufgabe, Eckpunkte für eine größere Eigenständigkeit der Schulen im Rahmen ihres bildungspolitischen Gesamtkonzeptes zu entwickeln, zugewiesen werden.

Wenn der Prozess der Neuorganisation der Angebote in der Trias von Bildung, Erziehung und Betreuung unter Verantwortung der Kommune gelingen soll, ist eine Erweiterung der Eigenständigkeit der Schulen, auch unter Verantwortung der Kommune, jedoch nicht ausreichend. In Kommunalen Bildungslandschaften wird das Engagement der Kommune schwerpunktmäßig einerseits auf der Entwicklung von bildungspolitischen Leitlinien und Gesamtkonzepten und andererseits auf der Vernetzung der handelnden Akteure vor Ort liegen. Vor diesem Hintergrund müssen durch die Länder die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für dieses erweiterte bildungspolitische Engagement geschaffen werden.

Neben einer erweiterten Selbstständigkeit der Schule bedarf es zukünftig daher letztlich einer stärkeren kommunalen Verantwortung für Schule insgesamt. Erst wenn die Kommunen durch erweitere Zuständigkeiten tatsächlich auch über inhaltliche und personelle Gestaltungsmöglichkeiten verfügen, werden sie in

die Lage versetzt, die systemimmanenten wie die weiteren örtlichen Ressourcen im Interesse der jungen Menschen und im Sinne ihres bildungspolitischen Gesamtkonzeptes miteinander verbinden zu können.

Der Deutsche Verein spricht sich an dieser Stelle nachdrücklich für den Ausbau der kommunalen Verantwortung für die Schule aus.

**10. Die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen zwischen dem städtischen und ländlichen Raum müssen beachtet werden**

Die Ausgangsbedingungen für die Gestaltung von Kommunalen Bildungslandschaften divergieren zwischen städtischen und ländlichen Regionen. Bei der Gestaltung Kommunaler Bildungslandschaften müssen die Rahmenbedingungen des ländlichen Raums beachtet werden.

*Kontakt:*
*Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.*
*Michaelkirchstraße 17/18,*
*10179 Berlin*
*Ansprechpartner:*
*Dr. Josef Faltermeier, 030/62980211,*
*E-Mail: faltermeier@deutscher-verein.de*
*Petra Mund, 030/62980215,*
*E-Mail: mund@deutscher-verein.de*

**Fachberatung zur „Kooperation von Jugendhilfe und Schule“ im LJA Rheinland**

Die Fachberatung ist Ansprechpartner für insb. Träger der Jugendhilfe auf kommunaler Ebene, die die Kooperation mit Schule – auch bei der Weiterentwicklung kommunaler Bildungslandschaften – suchen. Das Angebot umfasst Information, Fachvorträge und Beratung.

Ansprechpartner sind:
Herr Mavroudis, Tel. 0221/809-6932
E-Mail: alexander.mavroudis@lvr.de
Herr Schaefer, Tel. 0221/809-6234
E-Mail: hp.schaefer@lvr.de
**www.jugend.lvr.de**

# Aachener Erklärung des Deutschen Städtetages

## anlässlich des Kongresses „Bildung in der Stadt“ am 22./23.11.2007

Die Ergebnisse internationaler Studien haben neben Qualitätsmängeln auch eine hohe Selektionswirkung des deutschen Bildungssystems offen gelegt. Die Bildungschancen in Deutschland sind in hohem Maße abhängig von der Herkunft und der ökonomischen Situation von Kindern und Jugendlichen. Beide Befunde – Qualitätsmängel und Selektion – sind für Deutschland mit seinem Anspruch auf demokratische Teilhabe und Chancengleichheit sowie mit seiner leistungsfähigen Wirtschaft nicht hinnehmbar.

Die in den Ländern eingeleiteten Reformen in Schule und Bildung gehen in die richtige Richtung. Bundesweite Bildungsstandards, Lernstandserhebungen und zentrale Prüfungen sichern Vergleichbarkeit und Qualität, ermöglichen Wettbewerb und die notwendige Mobilität.

Gleichwohl darf ein ganzheitliches Bildungsverständnis als Grundlage aller Reformbemühungen nicht aus dem Blick geraten. Bildung ist mehr als Schule! Kognitives, soziales und emotionales Lernen müssen miteinander verbunden und in verbindliche Vernetzungsstrukturen einbezogen werden. Die kulturelle Bildung, die kognitives Lernen ergänzt, Kreativität fördert und Integration unterstützt, ist in ein Gesamtkonzept umfassender Bildung zu integrieren.

Ausgangspunkt für Bildungsprozesse in den verschiedenen Lebensphasen ist die kommunale Ebene. Hier entscheidet sich Erfolg oder Misserfolg von Bildung, werden die Grundlagen für berufliche Perspektiven, gesellschaftliche Teilhabe und gleichzeitig die Zukunftsfähigkeit einer Region gelegt. Die Städte prägen mit ihren vielfältigen Einrichtungen die Bildungslandschaft Deutschlands: Kindertagesstätten, Familienzentren, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, Schulen, Volkshochschulen und zahlreiche Kultureinrichtungen sind Eckpfeiler der öffentlichen Infrastruktur in der Bildung.

Die Verantwortung der Städte in der Bildung muss deshalb gestärkt werden.

Die Städte sollten Bildung als zentrales Feld der Daseinsvorsorge noch stärker erkennen und ihre Gestaltungsmöglichkeiten nutzen. Sie sind von Fehlentwicklungen in der Bildung ebenso betroffen, wie sie von den Erfolgen profitieren.

Leitbild des Engagements der Städte ist die kommunale Bildungslandschaft im Sinne eines vernetzten Systems von Erziehung, Bildung und Betreuung. Hauptmerkmale der kommunalen Bildungslandschaft sind:

- Individuelle Potentiale des Individuums und deren Förderung in der Lebensperspektive sind Ausgangspunkt für die Organisation von Bildungs- und Lernprozessen. Kein Kind, kein Jugendlicher darf verloren gehen.
- Die für Bildung zuständigen Akteure arbeiten auf der Basis verbindlicher Strukturen zusammen: Familie, Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Kultur, Sport, Wirtschaft etc.
- Eltern bzw. Familien werden als zentrale Bildungspartner einbezogen.
- Übergänge werden nach dem Prinzip „Anschlüsse statt Ausschlüsse“ ermöglicht und gestaltet.
- Die kulturelle Bildung wird als wichtiger Teil ganzheitlicher Bildung einbezogen.

Den Städten kommt in der kommunalen Bildungslandschaft eine zentrale Rolle bei der Steuerung und Moderation der zielorientierten Zusammenarbeit zu. Als Grundlage für regionale Steuerung und Qualitätssicherung sollte ein umfassendes Bildungsmonitoring als integriertes Berichtswesen von Bildungsverläufen vor

Ort gemeinsam von Kommunen und Ländern entwickelt werden.

Die Länder werden aufgefordert, kommunale Steuerungsmöglichkeiten insbesondere im Schulbereich zu erweitern und die Zuständigkeiten im Bereich der inneren und äußeren Schulangelegenheiten zugunsten der Kommunen neu zu ordnen. Zudem müssen sie die notwendigen finanziellen Rahmenbedingungen für ein erweitertes kommunales Engagement in der Bildung schaffen.

Länder und Kommunen sind somit gleichermaßen aufgerufen, ihr Engagement in der Bildung im Rahmen staatlich-kommunaler Verantwortungsgemeinschaft gemeinsam mit den zuständigen Akteuren zukunftsorientiert weiterzuentwickeln.

Die Städte sind bereit, hierfür ihren Beitrag zu leisten.

**www.staedtetag.de**

### Kongress „Bildung in der Stadt“

Der Kongress „Bildung in der Stadt“, der am am 22./23. November 2007 in Aachen statt fand, ist einer der Beiträge des Deutsche Städtetag zur aktuellen Bildungsreformdiskussion.

Auf dem Kongress wurden erfolgreiche kommunale Initiativen präsentiert und Perspektiven für ein erweitertes kommunales Engagement in der Bildung weiterentwickelt. Themen der Fachvorträge waren:

– Bildung und Stadtgesellschaft (Prof. Dr. Klaus Klemm, Universität Duisburg-Essen);
– Anforderungen an eine neue Bildung (Prof. Dr. Andreas Schleicher, OECD-Direktion Bildung, Paris);
– Kooperation von Schule und Kultur (Prof. Dr. Max Fuchs, Akademie Remscheid, Präsident des Deutschen Kulturrates).

In den Praxisforen ging es um:

– Selektion-Segregation-Integration ,
– Bildung ganz(-tägig) denken,
– Pädagogische Schulentwicklung,
– Pädagogische Architektur,
– Lebenslang lernen.

Diese und weitere Beiträge des Kongresses gibt es als Download unter:

**www.staedtetag.de**

# Bildungslandschaften gemeinsam gestalten

## Das Modellprojekt „Bildungslandschaft Altstadt Nord“ in Köln

**von Frauke Burgdorff, Michael Gräbener, Dr. Karl-Heinz Imhäuser, Ralf Jülich und Bettina Zierold (Projektleitungsteam der Bildungslandschaft Altstadt Nord)**

TÜREN ÖFFNEN
FÜR BEDEUTUNGSVOLLES LERNEN

Im Herbst 2006 beschloss der Rat der Stadt Köln, mit Unterstützung der Montag Stiftungen ‚Urbane Räume’ und ‚Jugend und Gesellschaft’ aus Bonn ein in Nordrhein-Westfalen einmaliges Modellprojekt in Angriff zu nehmen.

In der Kölner „Bildungslandschaft Altstadt Nord“ sollen Räume geschaffen werden, die ein verantwortungsvolles und inklusiv angelegtes Lernen und Lehren für alle Nutzer/-innen der Einrichtungen sowie für die Bürgerinnen und Bürger im Umfeld ermöglichen. Dabei ist der Anspruch auf Gestaltung umfassend und bezieht sich auf folgende Bereiche und Maßstabsebenen:

– das zugrunde liegende pädagogische Konzept;
– das daraus abzuleitende Raumprogramm;
– die architektonische Gestaltung der Lernräume der Zukunft;
– die funktionale und räumliche Einbindung in den Stadtteil;
– die dazu notwendigen Beteiligungsprozesse und Verfahren.

Das Projekt soll einen wirksamen Beitrag zur Verbesserung der Lebens- und Lernumwelt in unserer Gesellschaft leisten. Wie kann ein Bildungsumfeld gestaltet werden, das einem selbstverantworteten und gemeinschaftlichen Lernen verpflichtetet ist?

Der Gestaltungsanspruch bezieht sich zunächst auf das pädagogische Fundament, das die Basis für die Entwicklung eines Raumprogramms mit Blick auf das Gebäude (Architektur) und auf den Stadtteil (Städtebau und soziale Stadtentwicklung) bildet. Es gilt zum einen, den Lernenden über eine wertschätzende Architektur ihre Bedeutung in der Gesellschaft zu vermitteln – und zum anderen, die Bildungseinrichtungen im Sinne einer integrierten und nachhaltigen Stadtteilentwicklung eng mit dem sozialen Leben in der Stadt zu verzahnen. Diese Investition ist nicht allein monetärer Natur, sondern äußert sich in einer individuell auf den Schulstandort abgestimmten, möglichst optimalen Umsetzung der Raumbedarfe. Dabei kommt dem Begriff der „Pädagogischen Architektur“ eine besondere Bedeutung zu.

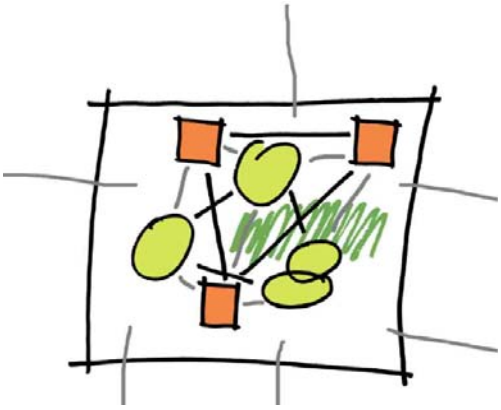
Pädagogische Architektur kann verstanden werden als:

– eine bauliche Form, die ihre Organisation und gestalterische Kraft aus einer pädagogischen Konzeption heraus entwickelt;
– eine Pädagogik, die sich die Räume, in und mit denen sie arbeitet, zu eigen macht und sie einbezieht;
– ein Prozess, der die am Lernen und Lehren Beteiligten befähigt, die Formen des Lernen und Lehrens mit zu gestalten.

### Ziele des Verbundes

Vor diesem Hintergrund soll in der Kölner Altstadt Nord, rund um den Klingelpützpark, ein Bildungsverbund entstehen, der im Kern die Hauptschule und eine Grundschule am Gereonswall, das

SCHWERPUNKT



*Vier Schulen und drei Kinder- und Jugendeinrichtungen entwickeln ein komplexes Geflecht von Beziehungen, das in einem Viertel mit grüner Mitte zu einem wahrnehmbaren Verbund heranwachsen soll, der an die Stadt angebunden ist. (bueroschneidermeyer)*

Abendgymnasium an der Kyotostraße, das Hansa Gymnasium, die Freizeitanlage Klingelpütz und das KSJ Jugendhaus Tower sowie eine noch zu errichtende Kindertagesstätte umfassen wird. Insgesamt sind ca. 2000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Lebensalter von null bis 25 Jahre und ca. 140 Pädagogen/-innen, von der offenen Jugendarbeit bis zu den Schulen, beteiligt.

Um den Stadtteil zu stärken und eine optimale Auslastung der bestehenden und zukünftigen Gebäude zu gewährleisten, soll ein Teil der baulichen und pädagogischen Entwicklungsbedarfe durch die Kooperation der Verbundmitglieder beantwortet werden. Diese pädagogisch-bauliche Zusammenarbeit wird neue pädagogische Konzepte und neue Raumprogramme in zum Teil neu entstehenden Gebäuden zur Folge haben. Sie werden gemeinsam in einem partizipativen Prozess geplant. So wird eine Architektur entwickelt, die optimal für alle Beteiligten nutzbar sein wird und den Zusammenhalt der Einrichtungen untereinander stärkt.

## Bedeutungsvolles Lernen gemeinsam gestalten

Die Inhalte und die Formen der Zusammenarbeit wurden von den Einrichtungen selbst in insgesamt sechs *Werkstätten* entwickelt. Die Verbundmitglieder wollen ihre Zusammenarbeit auf der Basis der Leitidee *„Türen öffnen für Bedeutungsvolles Lernen“* gemeinsam gestalten. Beim „Bedeutungsvollen Lernen“ handelt es sich nicht um eine Unterrichtsmethode, sondern um eine Art, eine Kultur des Lernens. Bedeutsames und damit verstehendes Lernen kann nicht durch Auswendiglernen bewirkt werden im Sinne einer Wissensanhäufung als Vorratslernen. Es muss durch eigene Aktivität auf Seiten der Lernenden immer einen Kontext und hierbei eine Organisation des Wissens um Bedeutungen und Konzepte herum einschließen. „Dahinter steht unser Anliegen, Lernprozesse nach innen an den spezifischen Bedürfnissen der Einzelnen auszurichten und nach außen in die breitere Lebenswelt zu öffnen. Es geht um die Veränderung vom einseitigen, kognitiven und isolierten Lernen hin zu einem eigenverantwortlichen, lebensnahen Lernen in und über bedeutungsvolle Kontexte. Wichtig ist uns im Sinne eines inklusiven Bildungsverständnisses, dass Herkunft, Interessen, Erfahrungen, Fähigkeiten und Wissen aller Kinder, Jugendlichen und lernenden Erwachsenen wahrgenommen und anerkannt werden, sich alle willkommen fühlen.“ (Auszug aus der Kooperationsvereinbarung des Verbundes vom 05. Mai 2007). Darüber hinaus sollen die Bildungsgänge innerhalb des Verbundes durchlässig und die Arbeit der Jugendeinrichtungen und Schulen kooperativ gestaltet werden.

*Die erste Werkstatt mit den Verbundmitgliedern in der Augustraße – die Einrichtungen finden ihren „Standort“. (Kristin König)*

## Die Kooperationsvereinbarung als Basis der weiteren Entwicklung

Damit dieses Vorhaben Wirklichkeit wird, haben die Pädagogen/-innen der beteiligten Einrichtungen gemeinsam mit den Montag Stiftungen und der Stadt Köln eine Kooperationsvereinbarung entwickelt, die am 5. Mai 2007 im Klingelpützpark von den Partnern unterzeichnet wurde. Die Vereinbarung hat drei wesentliche inhaltliche Eckpfeiler:

1. selbstverantwortete Welterschließung in und über bedeutungsvolle Kontexte;
2. Lernprozesse in die Lebenswelt öffnen und an den spezifischen Bedürfnissen der einzelnen ausrichten;
3. inklusiv angelegtes Lehren und Lernen, bei dem Herkunft, Interessen, Erfahrungen, Fähigkeiten und Wissen aller wahrgenommen und anerkannt werden.

Die Kooperationsvereinbarung formuliert vier Ziele: Die vorhandenen Ressourcen sollen gemeinschaftlich genutzt, die Raumkonzepte gemeinsam gestaltet, die Lern- und Lehrkulturen weiter entwickelt sowie der Schulalltag und die Bildungsangebote im Verbund strukturiert werden.

„Die Montag Stiftungen ‘Jugend und Gesellschaft’ und ‘Urbane Räume’ übernehmen im Auftrag der Stadt Köln die Verantwortung für die Moderation sowie

*Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung – die Einrichtungsleiter pflanzen gemeinsam mit Oberbürgermeister Fritz Schramma und dem Stifter Carl Richard Montag Wünsche für die weitere Entwicklung des Bildungsverbundes. (Stefan Bayer)*

die Qualität der Konzeption und Implementierung des Verbundes. Der Rat der Stadt Köln hat beschlossen, alle Anstrengungen zur Schaffung des Verbundes zu fördern und die Verwaltung beauftragt, die Ergebnisse der pädagogischen Konzepte und Raumplanungen als Basis für die umzusetzende pädagogische Architektur mitzuerarbeiten und im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der Planung von Ausstattungen, Gebäuden und Grundstücken zu berücksichtigen." (Auszug aus der Kooperationsvereinbarung vom 05. Mai 2007)

Im Vorfeld der Kooperationsvereinbarung wurde von dem Verbund selbst eine Projektstruktur entwickelt und eine Projektsteuerung an der Schnittstelle von Montag Stiftungen und Stadt Köln eingesetzt, innerhalb derer Entscheidungen verantwortlich und im Dialog zwischen gemeinnützigem Engagement und politischem Handeln gefällt werden können. Sie ist mit dem Stifter Carl Richard Montag und dem Finanzvorstand Helmut Krayer sowie der Jugend- und Schuldezernentin Dr. Agnes Klein, dem Bau- und Planungsdezernenten Bernd Streitberger und dem Stadtdirektor Guido Kahlen hochkarätig besetzt. In einer operativ arbeitenden Projektleitung spiegelt sich diese Besetzung mit Vertreter/-innen der städtischen Verwaltung und den verantwortlichen Vorständen der Montag Stiftungen ebenfalls wider.

Die Einrichtungen haben zum Dialog miteinander zwei Abstimmungsgremien ins Leben gerufen: den Begleitausschuss und den „Kern". Der „Kern" versteht sich als Motor der Prozesse im Verbund. Der Begleitausschuss bildet das Scharnier zur Projektleitung; er fällt alle relevanten Entscheidungen für die beteiligten Einrichtungen. Auf dieser Basis begann die gemeinsame Arbeit, um in einem vielschichtigen Prozess die „Türen zu öffnen" und den Weg zu einer abgestimmten Entwicklung gemeinsam weiter zu gehen. Außerdem wurden in zwei Arbeitsgruppen – der AG Bau und der AG Pädagogik – Grundlagen erarbeitet, die in die weiteren Überlegungen und Entwicklungen Eingang finden.

## Partizipation verantwortlich und aktiv gestalten

Von Anfang an stand die Frage im Raum, wie die Lernenden, also die Jugendlichen in den Freizeiteinrichtungen, die jungen Erwachsenen im Abendgymnasium und die Kinder und Jugendlichen in den Schulen optimal eingebunden werden können. Seitens der Projektleitung und der Einrichtungsleitungen gab es große Bedenken, zu einem Zeitpunkt Hoffnungen zu wecken, an dem das Gelingen des Prozesses noch nicht absehbar war.

Darum hat das Amt für Kinderinteressen der Stadt Köln im Spätherbst 2007 einen *Partizipationsworkshop* durchgeführt. Pädagogische Fachkräfte aus den Einrichtungen und mit Partizipation erfahrene Experten/-innen aus Architektur und Jugendkulturarbeit diskutierten dort über die Möglichkeiten der

Der Prozess wird von den Montag Stiftungen und der Stadt Köln gemeinsam finanziert und verantwortet.
Die Partizipationswerkstatt wurde mit Mitteln des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein Westfalen gefördert. Die Prozesse der baukulturellen Kommunikation sind Teil des Modellvorhabens im ExWoSt-Forschungsfeld „Nationale Stadtentwicklungspolitik", ein Projekt im Forschungsprogramm „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau" (ExWoSt) des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

*Kinder der Grundschule führen im Rahmen des Städtebaulichen Planungsworkshops die Architekten/-innen „blind" zu ihren Wohlfühl- und Unwohlfühlorten. (Stefan Bayer)*

*Schüler/-innen der Hauptschule zeigen die selbst collagierten Grußkarten den mitwirkenden Planer/-innen. (Stefan Bayer)*

Einbindung von Kindern und Jungendlichen in den Prozess.

Vor dem Hintergrund des Konzepts der Bildungslandschaft Altstadt Nord und den Erfahrungen des Amtes für Kinderinteressen der Stadt Köln waren Aufgaben und Zielsetzungen des Workshops:

– gelungene Beispiele für eine aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Schnittstelle von Pädagogik und Architektur vorzustellen und Inspirationen und Impulse für das eigene Handeln zusammenzutragen;
– eine Anreicherung des anstehenden Städtebaulichen Planungsworkshops, um Methoden und Verfahren der Beteiligung zu diskutieren und darüber hinaus reichende Anregungen für einen längerfristigen Partizipationsprozess zu formulieren;
– erste konkrete Ideen, Bedingungen und Umsetzungsschritte für einen gelingenden Partizipationsprozess in der Bildungslandschaft Altstadt Nord vorzuschlagen.

Der Workshop hat ganz konkret dazu geführt, dass die Einrichtungen mit ihren Nutzer/-innen im Rahmen des sich anschließenden Städtebaulichen Planungsworkshops Orte im Verbund gesucht, analysiert und präsentiert haben, an denen sie sich besonders wohl fühlen oder an denen sie sich besonders unwohl fühlen. Dabei wurde deutlich, dass die Nutzer/-innen der unterschiedlichen Einrichtungen eine sehr differenzierte Wahrnehmung „ihres“ Raumes entwickelt haben. Während die einen bestimmte Spielflächen im Park als Wohlfühlorte bezeichnet haben (hier insbesondere die Halfpipe oder das Basketballfeld), war für die anderen der Park ein vor allem dreckiger und spannungsgeladener Ort. Einigkeit herrschte über bestimmte Probleme wie z.B. zurückgelassene Spritzen von Drogenkonsumenten; Einigkeit herrschte auch darüber, dass der Park als grüne Mitte ein unverzichtbarer Bestandteil des Lernlebens im Stadtteil sein sollte. Die Analyse durch die Kinder und Jugendlichen gibt nun umfassenden Stoff für die weitere Arbeit und hat ganz sicher dazu geführt, dass sich die Beteiligten stärker mit ihrer Umgebung identifizieren.

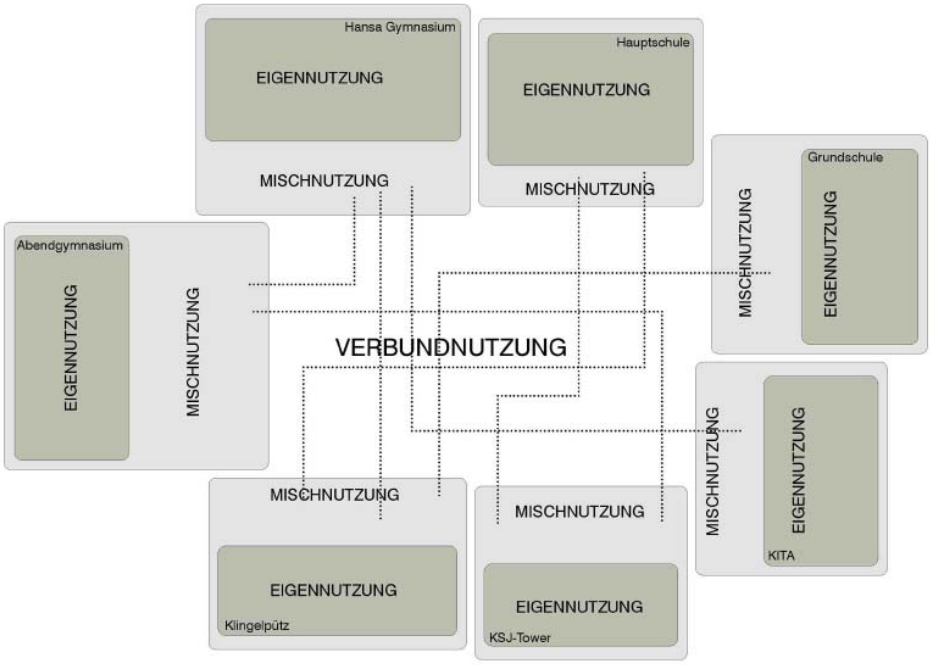
## SCHWERPUNKT

### Öffnung in den Stadtteil

Der begonnene Partizipationsprozess wurde im Februar 2008 mit der *1. Ideenkonferenz* fortgesetzt. Nach einem guten Jahr Vorarbeit und Konzeption öffnete sich der Verbund dem Stadtteil und weiteren Partnern, um allen Interessierten die Möglichkeit zu geben, das Projekt mit Vorschlägen zu bereichern. Die Ideenkonferenz wurde von den Verbundmitgliedern selbst organisiert und strukturiert.

Achtzig Personen waren der Einladung ins Kölner Hansa Gymnasium gefolgt: Mitarbeiter/-innen der im Stadtteil ansässigen Jugendeinrichtungen und der Stadt Köln, der Bezirksvertretung, Lehrer/-innen und Schüler/-innen aus den beteiligten Schulen, Eltern, Anwohner des Klingelpütz-Viertels, Vertreter/-innen von benachbarten Kultur- und Sozialeinrichtungen. In einer lebhaften offenen Runde und in Kleingruppen entwickelten die Teilnehmer/-innen konkrete Ideen für die Gestaltung des Verbundes. Sie orientierten sich am grundlegenden Motto der Bildungslandschaft: „Türen öffnen“. Die Veranstaltung endete mit der Bildung von sieben Gruppen, die die bei der Konferenz entwickelten Projekt-

*Die Systematik von Eigen-, Misch- und Verbundnutzung ist Grundlage für das Nutzungsprogramm. (bueroschneidermeyer)*



*Die Planerteams (hier muf-architects aus London) stellen erste Ideen vor und viele Fragen an den Verbund. (Stefan Bayer)*

ideen weiter verfolgen wollen. Es ist geplant, dass alle Beteiligten von nun an zwei Mal im Jahr die Gelegenheit haben werden, ihre Ideen in die Bildungslandschaft Altstadt Nord einzubringen.

### Erste Schritte auf dem Weg zu neuen Räumen: Der Städtebauliche Planungsworkshop

Um die für die Planungen notwendigen Raumbedarfe und -programme zu ermitteln, wurde mit den Einrichtungen in einem intensiven Partizipationsprozess erarbeitet, welche räumlichen Bedarfe sie für die Entwicklung ihrer pädagogischen Methoden und Inhalte (auch der künftig gewünschten) beschreiben können. Die Ergebnisse wurden von dem betreuenden bueroschneidermeyer zu einem Nutzungsprogramm verdichtet. In diesem Nutzungsprogramm benennen die Einrichtungen zukünftige Aktivitäten, die sie in ihren eigenen Häusern durchführen möchten, Aktivitäten anderer Einrichtungen, die sie gerne beherbergen möchten und Aktivitäten, die optimaler Weise in gemeinschaftlich betriebenen und verantworteten Räumen gestaltet werden sollten.

Seit Ende Februar 2008 entwickeln Architekten/-innen, Stadt- und Landschaftsplaner/-innen in einem von Stadt und Stiftungen gemeinsam ausgelobten *Städtebaulichen Planungsworkshop* nun das Gerüst, in dem die Bildungslandschaft ihren Raum finden kann.

Mittelfristiges Ziel ist die Erstellung einer städtebaulichen Rahmenplanung, die eine verbindliche Grundlage für die weiteren hochbaulichen Maßnahmen darstellen wird. Dabei sollen Aussagen auf der Ebene des Stadtviertels getroffen, Szenarien im Zusammenspiel der Einrichtungen geprüft und konkrete Ansätze zum Umbau des Bestandes entwickelt werden. Die Planer/-innen sind aufgefordert, Orte für Nutzungsschwerpunkte zu definieren sowie die Wege zu erfassen, die sich aus den Beziehungen der Partner der Bildungslandschaft im öffentlichen Raum ergeben. Darüber hinaus sollen sie Aussagen dazu machen, wie sich die Einrichtungen in Zukunft zum Stadtteil öffnen und zu ihm ins Verhältnis gesetzt werden könnten. Dazu skizzieren sie bis Mai 2008 Entwicklungsziele und Entwicklungsräume, die im Anschluss in der Rahmenplanung weiter entwickelt werden sollen.

Die Teams können auf die Unterstützung von pädagogischen Berater/-innen zurückgreifen, die den Workshop kontinuierlich begleiten. Die Einrichtungsleitungen, die Pädagogen/-innen und die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden im gesamten Verfahren als Experten/-innen herangezogen, in das Preisgericht eingebunden und als Reporter/-innen für den Prozess eingesetzt.

Das kooperative und offene Verfahren soll Räume für Ideen öffnen, neue Bilder erzeugen und Grenzen überwinden helfen. Experimentelle, aber gleichsam pragmatische Konzepte für eine „Pädagogische Architektur“ der Zukunft sind gefragt, die einen Beitrag leisten zu einem zeitgemäßen Verständnis von Leben und Lernen in der Stadt.

### Ausblick

Das Projekt befindet sich stadträumlich und pädagogisch in der Entwicklung. Im Sommer werden die ersten Ergebnisse des Planungsworkshops präsentiert. Im Herbst wird die Politik über das weitere Verfahren bezüglich des Rahmenplanes der Bildungslandschaft Altstadt Nord verhandeln. Die ersten Planungsbeschlüsse für einzelne Baumaßnahmen wurden bereits gefällt; die pädagogische Kooperation gewinnt mit jedem Tag an Dichte und an Vertrauen. Die Bildungslandschaft Altstadt Nord ist also ein kooperativer Prozess, in dem die Haltung und Ziele klar definiert sind. Die Ergebnisse sind damit aber – sowohl pädagogisch wie auch architektonisch – keineswegs festgelegt. Über die weitere Entwicklung können wir hoffentlich im Herbst 2008 berichten.

*Kontakte:*

*Montag Stiftung Urbane Räume/ Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft, Raiffeisenstraße 2, 53113 Bonn. – Ansprechpartnerin: Kristin König, Telefon 0228/ 26716-470, E-Mail: k.koenig@montag-stiftungen.de Internet: www.montag-stiftungen.de (bildungslandschaft-altstadt-nord)*

*Stadt Köln, Der Oberbürgermeister Fritz Schramma, Historisches Rathaus, 50667 Köln. – Ansprechpartner/-in: Michael Gräbener, Schulverwaltungsamt der Stadt Köln, E-Mail: michael.graebener@stadt-koeln.de; Ralf Jülich, Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, E-Mail: ralf.juelich@ stadt-koeln.de; Bettina Zierold, Dezenat für Jugend, Bildung und Sport, Stabsstelle integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung der Stadt Köln, E-Mail: bettina.zierold @stadt-koeln.de Internet: www.stadt-koeln.de*

SCHLAG

LICHT

Erziehung

# Mütter, Väter, Supernannies

## Funktionalisierende Tendenzen in der Erziehung

**von Christiane Griese, Anne Levin, Andrea Schmidt (Hrsg.)**

Nach langer Zeit der Ignoranz gegenüber jeglichem vor allem öffentlich bzw. institutionell formulierten Erziehungsanspruch, gar der Diskreditierung des Erziehungsbegriffs ist es wieder en vogue, über Relevanz und Methoden von Erziehung öffentlich zu reden. So werden sowohl „reale" Erziehungsverhältnisse als auch diesbezügliche Diskurse in Talkrunden und so genannten Dokusoaps medial inszeniert. Diese Inszenierungen wenden sich an eine breite Laienöffentlichkeit. Sie revitalisieren und romantisieren autoritäre Erziehungsstrategien sowie -methoden, und auch der Begriff Erziehung an sich scheint gesellschaftlichen, politischen sowie medialen Verwertungsinteressen stark unterworfen zu sein.

„Kinder sind unsere Zukunft" ruft es aus den Plenarsälen der Republik; Demografen warnen vor dem Aussterben der Deutschen sowie der Überalterung der Gesellschaft. Eltern (zumindest die akademisch gebildeten und der Mittelschicht zugehörigen) müssen wieder zeugungs- und empfängniswillig werden. Gleichzeitig häufen sich die traurigen Schlagzeilen über die Vernachlässigungen von Babys und Kleinkindern (oftmals mit Todesfolge), über Schulkinder, die ohne Frühstück in die Schule gehen, und Eltern, die ihrer Erziehungsverantwortung sowie der Fürsorgepflicht ihren Kindern gegenüber nicht mehr nachkommen. Kein Tag, ohne dass die Super-Nannys dieser Welt uns die Erziehungsmisere nicht drastisch vor Augen führen. Die Regale der Buchläden sind angefüllt mit Ratgeberliteratur: mehr Disziplin, mehr Liebe, mehr Zeit, mehr Kommunikation. Eltern (und auch Lehrer/-innen), so der allgemeine Konsens, sind mindestens rat- und hilflos, auch genervt und überlastet, gar untauglich zur Erziehung. Denn die Kinder, mit denen es die Erwachsenenwelt zu tun hat, sind schwierig und zappelig, unwillig und aufsässig, sie wollen nicht hören, werden zum Problem, sind sozial verwahrlost.

Wenn es also in aktuellen Debatten um die „Kinder der Zukunft", um die Frage nach der Gestaltung von Erziehungsprozessen, um die Sicherung von Werten und Normen geht, dann dokumentiert sich darin ein (gesamt-)gesellschaftliches, erst in zweiter Linie ein pädagogisches Problem. Doch die Pädagogik ist nichtsdestotrotz direkt angesprochen, zumal Erziehungsdenken und Erziehungshandeln – sei es im Elternhaus oder in der Schule – öffentlich kritisiert, ihre Wirkungslosigkeit, ihre falschen Methoden angeprangert werden.

Können also die Erziehungswissenschaften am Ende die Katastrophe nicht verhindern? Können uns nur noch die Supermamas und -nannys retten? Oder ist das ganze nur eine aufgeblasene Medienschlacht zur Legitimation politischer Entscheidungen in der Sozial- und Familienpolitik sowie Unterhaltung fürs Volk?

Vor dem Hintergrund solcher Überlegungen und Beobachtungen interessierten die Herausgeberinnen des hier vorgestellten Fachbuches, eine Erziehungswissenschaftlerin, eine Sozialpädagogin sowie eine Vertreterin der pädagogischen Psychologie, verschiedene Aspekte jenes Diskurses, von denen sie selbst in Seminaren mit Studieren-

den, aber auch im persönlichen Alltag betroffen sind. Ihnen gelang es, Autoren/-innen aus den unterschiedlichsten Bereichen der Erziehungswissenschaften bzw. pädagogischer Arbeitsfelder zur Mitarbeit an diesem Band zu motivieren.

Die Beiträge des vorliegenden Buches bildeten drei Schwerpunkte heraus:

Im *ersten Teil* finden sich Überlegungen zur Funktionalisierung von Erziehungsdiskursen sowie Erziehungshandeln. Kinder sind in aller Munde. Dabei fällt auf, dass deren Zukunft in demografisch orientierten Diskursen definiert bzw. funktionalisiert wird, um die Systeme einer veralteten Gesellschaft aufrecht zu erhalten. Kinder werden dabei einer Kosten-Nutzen-Rechnung untergeordnet. Manfred Kappeler geht deshalb zuerst diesen Trends „inflationärer Zukunftsrhetorik“ von Regierungen, Parteien und Interessenverbänden nach und zeigt auf, wie eine zukunftsweisende Kinderpolitik tatsächlich aussehen müsste. Kindheit wird – zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommen auch die anderen Beiträge im Buch – „immer weniger als eigenständige Lebensphase mit eigenem Wert und eigener Würde begriffen, sondern vielmehr als notwendige Phase zur Transformation von Menschen in den angestrebten Zustand des Erwachsenenseins. Kinder und Kindheit werden funktionalisiert für bzw. im Sinne der Welt der Erwachsenen.

Joachim Bröcher begegnet jenen Funktionalisierungstendenzen in Bezug auf die Charakterisierung schulischer Bildung kritisch. Er geht der Frage nach, wem institutionelle Bildung letztlich vorrangig dient bzw. dienen sollte: der Stärkung der Selbst-Entfaltungskräfte der anvertrauten Lernenden oder den Leistungszwecken der Wirtschaft?

Brigitte Wießmeier beschäftigt sich mit einem spezifischen Berufsfeld, der Sozialarbeit des Jugendamtes. Auch sie muss feststellen, dass die Familienhilfe sich oft den Zwängen der Wirtschaftlichkeit unterwerfen muss.

Im *zweiten Teil* geraten die Eltern in den Blickpunkt. Sie sind es, die derzeit in der öffentlichen Kritik stehen. Sie benötigen Beratung, Coaching, Training, Tipps und Tricks, um ihrer Erziehungspflicht nachkommen zu können. Christiane Griese zeigt die Vielfalt der Beratungsliteratur und der dort gespiegelten Erziehungsintentionen und -methoden auf und betrachtet kritisch das Bild des Kindes, das sie in diesen Veröffentlichungen „für die Hand der Eltern“ findet. In diesem Kontext bespricht Ralf Quindel die Möglichkeiten und Grenzen von Elternkursen. Dabei nimmt er die „marktfähigen“, d. h. am Markt orientierten Konstruktionen über die zu trainierenden Eltern in den Blick.

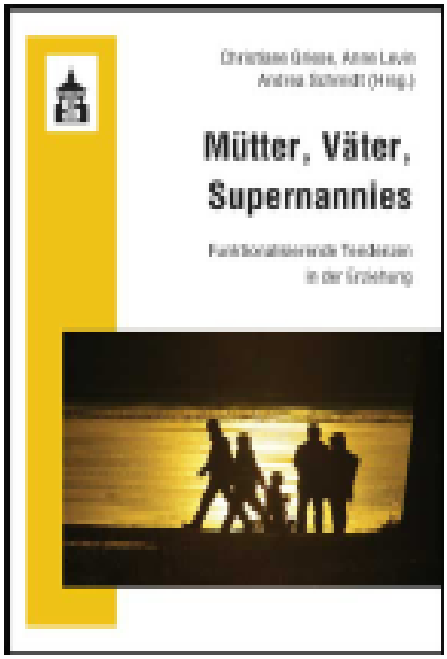
Das alles ist nicht nur ein theoretischer Diskurs, sondern spiegelt sich in der praktischen Organisation von Erziehung im Alltag. Anne Levin betrachtet insofern die Praxis von Kinderbetreuung im Spannungsverhältnis von Familie und Institutionen und auf dem Hintergrund öffentlicher Diskurse um den Geburtenrückgang. Sie setzt sich dabei auf der Basis amerikanischer Studien kritisch mit der frühkindlichen Betreuung außerhalb der Familie auseinander und weist auf die besondere Erziehungs- und Betreuungsverantwortung von Vätern hin.

Rolf Arnold nimmt ebenfalls die Diskussion um ausgedehnte und vom Staat geförderte Elternzeit zum Anlass, um die erzieherische Bedeutung der Väter zu thematisieren. Dabei macht er deutlich, dass es nicht ausschließlich um eine Erhöhung der Quantität der Anwesenheit der Väter gehen kann, sondern dass Männer zu Vätern reifen müssen, um ihrer Verantwortung gerecht werden zu können.

In einem *dritten Schwerpunkt* beschäftigen sich Andrea Schmidt, Heinz Moser, Katharina Hohmann und Herbert Scherer mit der Medialisierung des familiären Erziehungsraumes. Die genannten Autoren/-innen besprechen, auf welche Art und Weise die Supernannys und Supermamas in die privatisierte Erziehungswelt eindringen; und sie analysieren die Konzepte jener Sendungen im Spannungsfeld von Einschaltquoten sowie Erziehungsintentionen der Mitwirkenden. Auch den Wirkungen bei den Zuschauern, insbesondere den zuschauenden Eltern wird nachgegangen.

Dieses Buch hat zum Ziel, sich in die Debatten einzumischen, die derzeit von Talkmastern und Fernsehstationen dominiert werden. Die Experten/-innen für Erziehung und Bildung halten sich (leider) zu oft zurück bzw. haben wenig öffentliche, d. h. medienwirksame Aufmerksamkeit. Der Boulevard hat schon längst die „10 goldenen Regeln der Erziehung“ (vgl. Bild vom 12.09.2006) für sich vereinnahmt. Soll Erziehungswissenschaft öffentlich gehört bzw. ernst genommen werden, dann kann sie das Feld nicht länger jenen sowie den „Supernannys und Co’s“ überlassen. Das ist der Anspruch der Herausgeberinnen bzw. der Autoren/-innen, die mit diesem Sammelband auch die Leser/-innen ermutigen wollen, in die Debatte einzugreifen. Dabei schildern sie die Problemlagen gleichzeitig wissenschaftlich fundiert, jedoch auch mit Überzeugungskraft sowie in einer Sprache, die eine breite nicht-wissenschaftliche Leserschaft zu erreichen vermag.

*Christiane Griese, Anne Levin, Andrea Schmidt (Hrsg.): Mütter, Väter, Supernannies. Funktionalisierende Tendenzen in der Erziehung. IV. 152 Seiten. Preis 16,– EUR. ISBN: 978-3-8340-0247-1. Schneider-Verlag-Hohengehren, Baltmannsweiler 2007. Im Internet: www.paedagogik.de*




*Kontakt über: Bettina Emmerich, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Buchverlage, Autoren u.a., Telefon 0221/424403 E-Mail: emmerich@be-promotion.de*

Das Projekt

# Jungen ...

## ... welche Bedürfnisse sie haben und wie die OGS mit diesen umgeht

### Eine Befragung an der OGS Janusz-Korczak in Erftstadt

FÖRSTA

**von Yvonne Sons**

Lieber überheblich und gewaltbereit als unmännlich ...

... ein Dilemma für Jungen! Sie fühlen sich oft hilflos und ohnmächtig, spüren aber überall in ihrem Leben – in der Familie, in der Schule, im Umgang mit Gleichaltrigen und in der Auseinandersetzung mit Medienhelden – den Anspruch, dass „ganze Kerle“ gefragt sind.

Für Jungen ein häufig schwer zu bewältigender Konflikt. Soll *mann* sich geltenden Regeln und Strukturen widersetzen und offen zu seinen „Schwächen“, zu seiner Verletzlichkeit und zu seinen Ängsten stehen – mit dem Risiko nicht für voll genommen zu werden? Oder soll *mann* sich nicht besser im Tarnen und Täuschen üben, den „dicken“ Max markieren und im Zweifelsfall lieber zwei Schritte zu weit als einen zurückgehen?

Welche/-r Pädagoge/-in oder Sozialarbeiter/-in in der Auseinandersetzung mit Jungen hat dieses Dilemma noch nicht erfahren können? Wir jedenfalls in unserer Funktion als pädagogische Fachkräfte im FÖRSTA-Projekt des Amtes für Jugend, Familie und Soziales in Erftstadt, zuständig für acht Erftstädter Offene Ganztagsschulen im Primarbereich (kurz: OGS), erleben dies täglich.

#### Das Projekt FÖRSTA

FÖRSTA ist ein Kooperationsprojekt zwischen Jugendhilfe und den Erftstädter Grundschulen. Es dient der Förderung von sogenannten „schwierigen“ Schüler/-innen in der OGS.

Unser Konzept ist mit folgenden fünf Zielen verbunden:

– Unterstützung einzelner förderungsbedürftiger Schüler/-innen.
– Elternarbeit.
– Unterstützung der in der OGS eingesetzten Fachkräfte.
– Zusammenarbeit mit den sozialen Diensten des Jugendamtes, um weitergehende Unterstützungsangebote aufzubauen.
– Zusammenarbeit mit der Schule, um Ressourcen von Schule und Jugendhilfe für die Schüler/-innen zu nutzen.

Das Projekt zeichnet sich mit seinem integrativen Charakter durch die drei Elemente Einzelfallhilfe, Prävention und Netzwerkarbeit aus und ist geprägt durch eine systemische Arbeitsweise. Langfristig ist das Projekt mit der Erwartung verknüpft, durch den frühzeitigen und intensiven Austausch und die Zusammenarbeit mit den Grundschulen den Allgemeinen Sozialen Dienst (kurz: ASD) zu entlasten und die Kosten im Bereich der Hilfen zur Erziehung zu mildern.

FÖRSTA ist an die Abteilung „Jugend und Familie“ gebunden und arbeitet eng mit dem ASD zusammen. FÖRSTA ist Ansprechpartner für Eltern und für die Lehrer/-innen und Betreuer/-innen von Kindern, die psychosoziale oder emotionale Schwierigkeiten haben.

Unsere Vorgehensweise im FÖRSTA-Konzept:

– *Kontaktaufnahme/Fallvorstellung* (Telefon) durch die Lehrer/-innen oder die Betreuer/-innen am Nachmittag sowie durch die Eltern des Kindes.
– *Erstgespräch* mit allen beteiligten Erwachsenen (Anamnese), wichtig ist das Einverständnis der Eltern. Alternative: Anonyme Fallberatung (keine weiteren Unterstützungsmaßnahmen möglich).

christian/Jugend online (www.jugend.info)

– *Weitere Gespräche* (auch in Form von Hausbesuchen).
– *Beobachtung* des Kindes in unterschiedlichen Lebensbereichen.
– *Überblick verschaffen* über bisher gestellte Diagnosen, bisher stattgefundene Maßnahmen und Hilfen. Dies geschieht in Absprache und mit dem Einverständnis der Eltern.
– *Fallbesprechung* im FÖRSTA-Team.
– *Entwicklung einer Perspektive, Zielvorstellung und eines Handlungskonzeptes*.
– *Ggf. Übernahme eines Handlungsbereiches* in Form von intensiver Arbeit mit dem einzelnen Kind oder sozialer Gruppenarbeit.
– *Ggf. Netzwerkarbeit*.
– *Reflexion* des Handlungskonzeptes nach vereinbartem Zeitrahmen (Fallabschluss, Notwendigkeit vertiefender Maßnahmen, Abgabe an den ASD bei komplexeren familiären Problemlagen).

## Fragestellung und Ziel der Befragung „Jungs in der OGS“

Mädchen und Jungen verhalten sich nicht nur unterschiedlich, sie bringen auch unterschiedliche Voraussetzungen mit, den Schulalltag in einer OGS zu gestalten. Aber meist sind es die Jungen, die auffallen und stören – laut unserer Statistik wird FÖRSTA zu 77% für die Arbeit mit Jungen eingeschaltet. Dies machte uns neugierig und führte uns zu der Frage, wie es Jungen in der OGS eigentlich geht, ob sie sich wohl und so angenommen fühlen, wie sie sind.

Unser Ziel war es, die Situation durch eine Befragung der Jungen von Klasse 2 bis 4 zu erfassen und so den geschlechtsspezifischen Blick zu schärfen. Weiterhin wollten wir praktische Ansatzpunkte finden, wie man Jungen den Schulalltag erleichtern kann, um sie in dem zu unterstützen, was sie mit bringen und leisten können. Nach einer Auseinandersetzung mit den Rahmenbedingungen, den Möglichkeiten und Grenzen der OGS wollten wir Handlungswege finden, die im Schulprogramm bzw. im pädagogischen Ganztagskonzept eingefügt und Schritt für Schritt umgesetzt werden können.

Da jede OGS in Eftstadt anders organisiert wird, hielten wir es für sinnvoll die Befragung schulspezifisch zu starten und auszuwerten, um praxisnahe Ergebnisse zu erhalten, die dann auch umgesetzt werden können. Zur Verfügung gestellt hat sich die Janusz-Korczak-Schule in Erftstadt-Erp mit ihrer Rektorin Frau Kannen.

## Die OGS Janusz-Korczak in Erftstadt-Erp

Die dreizügig ausgelegte OGS in Erftstadt-Erp legt großen Wert auf eine Schulgemeinschaft, die durch Akzeptanz und Ermutigung geprägt ist. Das Schulleben in der OGS Erftstadt-Erp ermöglicht die Förderung individueller Interessen und Fähigkeiten. Hier werden Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf integriert unterrichtet (Gemeinsamer Unterricht). Die Klassen 1 und 2 werden seit der Umsetzung des neuen Schulgesetzes als Schuleingangsstufe jahrgangsübergreifend geführt.

Pädagogische Schwerpunkte sind Gesundheitserziehung, Umwelterziehung, Erziehung zur Selbstständigkeit und Leistungsfähigkeit, soziales Lernen, Medienerziehung sowie Verkehrserziehung. Der Unterricht ist durch einen sinnvollen Wechsel zwischen gelenkten und offenen Unterrichtsphasen strukturiert.

Das Betreuungshaus für die 52 Ganztagskinder ist ein für diese Zwecke umgebautes Doppelhaus, welches direkt neben dem Schulgebäude liegt. Die Kinder sind nicht in Gruppen aufgeteilt. Sie können sich nach vereinbarten Regeln frei in den zur Verfügung stehenden Funktionsräumen bewegen.

Hervorzuheben ist an dieser Schule, dass das System OGS sichtbar ist. Die Bereiche „Vormittag“ und „Nachmittag“ bestehen gleichberechtigt nebeneinander. Eine Kommunikation und eine Begegnung auf gleicher Augenhöhe sowie das Streben nach gleichen Zielen und die Ausführung der gleichen konzeptionellen Vorstellungen macht das System OGS an der Janusz-Korczak-Schule aus.

## Die Ergebnisse der Jungenbefragung

Jungen fühlen sich wohl in ihrer Haut und bevorzugen typische Jungenaktivitäten. In vielen Fällen fühlen sie sich als etwas Besseres als Mädchen, wollen Mädchenaktivitäten nicht können und sind glücklich mit dem, was sie leisten. Wir erklären dies mit dem Wunsch nach Abgrenzung von allem Weiblichen.

Bei der Auswertung konnten wir erkennen, dass die Zahl der Jungen, die gerne und die, die ungern in die Schule gehen, in etwa ausgeglichen sind.

Ihrer Meinung nach gibt es in der OGS zu feste Strukturen. Diese beziehen sich überwiegend auf Rahmenbedingungen oder den Tagesablauf. Die Zeit dort ist sehr strukturiert und verplant. Jungen beklagen zu wenig freie Zeit, vor allem für das Spiel draußen.

Nach Auffassung der Jungen gibt es zu viele Regeln in der Schule. Der Sinn der Regeln ist ihnen zwar klar, wie z. B. Benimmregeln oder das Verbot von Gewalt als Konfliktlösung – Jungen lehnen sie dennoch häufig ab. Dies widerspricht sich letztlich; doch Regeln einzuhalten würde Anpassung bedeuten, wogegen Jungen sich meist sträuben.

Die Arbeitsgemeinschaften am Nachmittag werden von den Jungen sehr geschätzt und gerne angenommen. Hier erleben wir eine Zwickmühle für Jungen. Auf der einen Seite wollen sie ihre Interessen ausleben, gefördert und gefordert werden – möglichst in vielen verschiedenen (sportlichen) Bereichen. Andererseits wollen sie jedoch viel freie Zeit mit ihren Freunden verbringen und lehnen den straffen Zeitplan ab, den die Ganztagsstruktur vorgibt. Die Wünsche der Jungen nach neuen Arbeitsgemeinschaften gehen in Richtung Jungengruppe, womit FÖRSTA und die OGS Erftstadt-Erp im letzten Jahr schon gute Erfahrungen sammeln konnte („Die wilden Erper“ – eine Jungen-Waldgruppe). Der größte Wunsch liegt eindeutig bei der Königsdisziplin Fußball. Auf der Wunschliste stehen ebenso andere Sport-Arbeitsgemeinschaften sowie Naturwissenschaft/Technik.

Die Aktionsräume (Bewegungsraum, Bauraum, Kicker, Tischtennis) finden Jungen sehr gut. Sie bemängeln aber, dass diese zu oft verschlossen sind; sie wünschen sich, dass sie diese Räume öfter nutzen können. Sport ist ein Unterrichtsfach, welches am Vormittag sehr beliebt ist. Auch die Bewegungs-

möglichkeiten in der Pause und am Nachmittag finden positive Resonanz. Hier schätzen die Jungen, sich messen und Leistung bringen zu können.

Jungen würde es besser gefallen, wenn sie mehr Zeit draußen verbringen könnten. Sie wollen fit und sportlich sein und keine Langeweile haben. Ihnen fehlen in der OGS oft Anreize zum Sich-Messen und Sich-Ausprobieren, darum auch der große Wunsch nach Ball- und Wettspielen, nach lebendigerem Unterricht und weniger Hausaufgaben.

Die Sozialkontakte, die Jungen in der OGS erleben können, sind ihnen sehr wichtig. Schön fänden sie allerdings, wenn sie dort nicht immer unter „Beobachtung“ stehen würden. Negativ bewerten Jungen die Konflikte untereinander. Hier wünschen sie sich mehr Unterstützung bei Konfliktlösungen. Die Aussagen der Jungen zeigen, dass sie eine andere Wahrnehmung der Konflikthäufigkeit haben als das Schulpersonal. Sie wünschen sich mehr Akzeptanz und Toleranz für „normale“ Rangeleien und Rollenklärungen untereinander. Ein weiterer prägnanter Aspekt ist die Tatsache, dass Frauen, die im Primarbereich überrepräsentiert sind, eine andere Einschätzung von Konfliktverhalten und die damit verbundenen Lösungsansätze haben als Männer. Die Toleranzgrenze für „rowdyhaftes Jungengehabe“ bei männlichen Pädagogen – gleichgültig ob am Vor- oder am Nachmittag – liegt höher. Jungen wünschen sich mehr männliche Fachkräfte, die ihre Situation besser nachvollziehen können. Sie benötigen Lehrer, um Männlichkeit vorgelebt zu bekommen (Identifikation). Trotzdem sagen die Jungen der OGS Erftstadt-Erp deutlich, dass sie ihre Lehrerinnen mögen. Ihr Schimpfverhalten ist für die Jungen akzeptabel und auch meist berechtigt. Ungerechte Lehrerinnen dagegen werden abgelehnt.

Nach Meinung der Jungen ist zu wenig Personal vorhanden. Würde mehr Personal zur Verfügung stehen, könnte/-n:

– mehrere Aktionsräume parallel offen sein,
– geschlechtsspezifische Angebote gemacht werden,
– Kinder länger auf dem Schulhof oder dem Spielplatz bleiben,
– bei Konflikten mehr Unterstützung geleistet werden,
– Kinder bei Absprachen und Treffen von Vereinbarungen eher beteiligt werden.

Sehr von Vorteil wäre natürlich männliches Personal!

## Fazit und pädagogische Schlussfolgerungen

Für uns lässt sich im Wesentlichen feststellen, dass sich die Jungen in der OGS Janusz-Korczak wohl und geborgen fühlen. Sie können spezifische Aussagen darüber treffen, was sie an der OGS schätzen und auf was sie verzichten möchten. Sie sagen ebenso deutlich, was sie ablehnen, was aber dennoch nötig ist, um miteinander in der Schule leben und lernen zu können.

Die OGS braucht einen geschlechtsspezifischen Blick – sowohl für Jungen als auch für Mädchen. Hierbei fällt es dem weiblichen Ganztagspersonal leichter, die Lebensumstände und Bedürfnisse der Mädchen zu verstehen als die der Jungen. Dennoch denken wir, dass es Fachfrauen gelingen kann, über die Reflexion eigener Wahrnehmungsmuster und mehr Wissen über männliche Sozialisation den Blick für die Bedürfnisse der Jungen zu öffnen, deren Verhalten besser verstehen zu lernen und die oben genannten Ergebnisse im Umgang mit Jungen im pädagogischen Alltag nutzen zu können.

Mithilfe ihrer persönlichen Ressourcen und Erfahrungen sowie mit einer Auswertung unserer Ergebnisse kann die Offene Ganztagsschule für die Arbeit mit Jungen entscheiden, inwieweit sie den Umgang, die Rahmenbedingungen, die Struktur und die Angebote geschlechtsbezogen ausrichten wollen und können. Vielleicht entstehen so sogar neue Ziele für die Bildungsarbeit im Ganztag, die im Schulprogramm bzw. im pädagogischen Konzept verankert und Schritt für Schritt umgesetzt werden können – auch in Zusammenarbeit mit den Jungen selbst.

Unserer Einschätzung nach können hier folgende Punkte Handlungsansätze sein:

– Räume schaffen ausschließlich für Mädchen bzw. für Jungen (stunden- oder tageweise), unter Mitbestimmung der jeweils Beteiligten (Partizipation);
– gemeinsames Aufstellen von Regeln;
– Angebot der Arbeitsgemeinschaften anpassen (geschlechtsspezifische Gruppen, sportliche Angebote, insbesondere Fußball);
– Aktionsräume häufiger zugänglich machen;
– das Spiel auf dem Schulhof verlängern;
– mehr freie Sportangebote machen (ggf. einen Nachmittag ohne Arbeitsgemeinschaften, stattdessen freies Spiel in der großen Schul-Sporthalle);
– Angebote zur Konfliktregelung (z.B. Streitschlichtung) und
– das Erhöhen der Toleranzgrenze bei „Raufereien“ (sofern für alle Beteiligten in Ordnung).

Besonders für uns beiden Erzieherinnen im FÖRSTA-Projekt war die Befragung und die Auswertung der Ergebnisse insoweit lehrreich, da auch wir uns letztlich in unserer Tätigkeit im Jugendamt Erftstadt überwiegend mit Jungen und deren Familien beschäftigen.

*Kontakt:*
*Yvonne Sons, Amt für Jugend, Familie und Soziales, FÖRSTA-Projekt, Holzdamm 10, 50374 Erftstadt*
*Telefon 02235/409108*
*E-Mail: yvonne.sons@erftstadt.de*

### „Lernen für den GanzTag“

Im Rahmen des bundesweiten Verbundprojektes „Lernen für den GanzTag“ werden Fortbildungsbausteine für Fach- und Lehrkräfte aus den Bereichen Schule, Kinder- und Jugendhilfe und allen Institutionen und Einrichtungen entwickelt, die vor Ort als außerschulische Kooperationspartner Ganztagsschule mitgestalten.

Hierzu gehört ein Modul zum Thema „Gender im Ganztag“, mit u.a. praxisrelevanten Materialien zur geschlechtsbezogenen Arbeit mit Jungen und Mädchen im Ganztag.

*Die Materialien sollen ab Juni 2008 zugänglich sein unter:*
*www.ganztag-blk.de*

Das Projekt

# Neue Wege für Jungs

## Superhelden gibt es nur im Comic – Jungen brauchen reale und vielfältige Vorbilder

### 100 Partner engagieren sich bundesweit im Netzwerk *Neue Wege für Jungs* für Rollenwandel und Vielfalt in der Berufswahl

Nach drei Jahren Pilotphase zieht das Projekt *Neue Wege für Jungs* eine positive Bilanz: 100 lokale Partner und Initiativen unterstützen inzwischen aktiv eine geschlechtersensible Jungenförderung in der Berufs- und Lebensplanung. Als 100. Netzwerkpartner wird das Münchener Berufsinformationszentrum (BIZ) im April in Kooperation mit Jugend- und Schulamt einen Berufsorientierungsevent für Jungen veranstalten, zu dem mehr als 500 Jungen erwartet werden.

Speziell für den Einsatz in der Schule und in der Jugendarbeit hat *Neue Wege für Jungs* neue Medien entwickelt: Der Film „Eigentlich wollte ich Fußballprofi werden ...“ zeigt fünf junge Männer, die außergewöhnliche berufliche Wege eingeschlagen haben – und dennoch keine Exoten sind. Der angehende Grundschullehrer Tim ist in seiner Freizeit begeisterter Fußballspieler, Altenpfleger Daniel schraubt leidenschaftlich gern an seinem Auto und Jay, der als einziger Junge der Klasse eine Ausbildung zum Bekleidungstechnischen Assistenten macht, liebt Tanzen und Hip Hop. In die gleiche Richtung zielt das interaktive Lernspiel YOU CHOOSE: Die Spieler treffen zum Beispiel auf einen Vater in Elternzeit, einen Jugendlichen im Freiwilligem Sozialen Jahr oder einen Schüler als Streitschlichter.

Die unterschiedlichen Männerporträts sollen Jungen Mut machen, neue Wege in der Berufswahl zu gehen. Nach wie vor entscheiden sich mehr als die Hälfte von ihnen für eine von 20 meist handwerklich-technischen Ausbildungen. Dabei fehlen männliche Fachkräfte in den Branchen der Dienstleistungs-, Erziehungs- und Gesundheitsberufe. Film und Online-Spiel können auch am Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag, der dieses Jahr am 24. April stattfindet, eingesetzt werden. Den Film gibt es kostenlos beim Service-Büro *Neue Wege für Jungs*, das Spiel steht unter *www.neue-wege-fuer-jungs.de* online.

*Neue Wege für Jungs* bündelt Aktivitäten in Schule und Jugendarbeit, die sich gezielt an Jungen richten. Es geht um die frühzeitige Begleitung von Jungen bei der Erweiterung ihres Berufs- und Studienwahlspektrums, um die Reflexion von Rollenvorstellungen und den Ausbau von Sozialkompetenzen.

*Kontakt: Service-Büro Neue Wege für Jungs, Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V., Wilhelm-Bertelsmann-Str. 10 33602 Bielefeld. Ansprechpartnerin: Miguel Diaz, Tel.: 0521/1067359, diaz@neue-wege-fuer-jungs.de*

**www.neue-wege-fuer-jungs.de**

### Mädchen und Jungen in Deutschland

#### Lebenssituationen, Unterschiede, Gemeinsamkeiten

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat gemeinsam mit dem Deutschen Jugendinstitut die gegenwärtige Lebenssituation von Mädchen und Jungen in Deutschland untersucht. Dabei zeigt sich, dass die meisten jungen Frauen und Männer heute mit Selbstvertrauen und klarem Bewusstsein für die eigene Verantwortung in die Zukunft blicken. Sie können und wollen ihre Chancen nutzen und ihre Lebenswege selbst gestalten.

Die Broschüre gewährt einen differenzierten Einblick in die vielfältigen Lebenswelten von Mädchen und Jungen.Sie stellt dabei bestehende Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Jungen und Mädchen gegenüber. Außerdem werden Initiativen und Maßnahmen vorgestellt, die für junge Frauen und Männer günstige Rahmenbedingungen und gleiche Chancen für einen guten Start ins Leben schaffen.

*Download unter: www.bmfsfj.de (Publikationen)*

### „Neue Wege für Jungs“ beim Landschaftsverband Rheinland

Seit 2003 bietet der Landschaftsverband Rheinland anlässlich des jährlichen Girls' Day Schülerinnen Einblicke in Berufsfelder, die von den meisten Mädchen bei der Berufswahl nur selten in Betracht gezogen werden. Zum diesjährigen Girls' Day am 24. April gibt es beim LVR nunmehr erstmalig Angebote für Schüler, um auch Jungen neue Wege bei der Berufsorientierung zu eröffnen.

*Weitere Infos unter: www.lvr.de*

# Sexualisierte Gewalt im virtuellen Raum

## Herausforderungen für die schulische und außerschulische Präventionsarbeit

**von Sven Lehmann**

„Das Internet ist wie gefährlicher Straßenverkehr“ – so das Postulat von *jugendschutz.net*, einer Initiative der Bundesländer zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor den Gefahren des Internets.

Dass die meisten jungen Menschen heute das Internet regelmäßig nutzen, gehört zu unserer gesellschaftlichen Realität. Neben dem unstrittigen Nutzen werden jedoch zunehmend potenzielle Gefahren deutlich, insbesondere der Bereich der sexualisierten Gewalt. Kinder und Jugendliche werden u.a. mit ungewollten Gesprächen in Chaträumen über sexuelle Praktiken, mit Pornografie und sexistischer Anmache konfrontiert. Pädokriminelle Täter/-innen nutzen das Internet und gezielt die Chaträume zur Kontaktaufnahme zu ihren Opfern. Denn die Anonymität von Chat und Internet gibt den Täter/-innen die Möglichkeit, sowohl die eigene Identität zu leugnen als auch andere, „passende“ Identitäten, z.B. die eines Kindes oder Jugendlichen anzunehmen.

Ebenso sind durch die technische Entwicklung moderner Mobiltelefone missbräuchliche Anwendungen in Bezug auf das Handy möglich. Eine Variante ist das Weitergeben bzw. der ungewollte Empfang von pornografischen und/oder gewalttätigen Foto- oder Videodateien. Unter dem Begriff „happy slapping“ ist hier ein neues Phänomen bekannt geworden: das Aufzeichnen von gestellten oder realen Prügelszenen, die dann von Handy zu Handy weiterverbreitet werden. Die neueste JIM-Studie von 2007 stellt hier einen rasanten Anstieg gerade unter jüngeren Jugendlichen fest. (Hinweise zur JIM-Studie bietet der Info-Kasten auf dieser Seite.)

**Wie sieht die „Präventionslandschaft Rheinland“ aus?**

Im Rahmen eines halbjährigen Projektes untersuchte das Landesjugendamt Rheinland die „Präventionslandschaft Rheinland“ im Bereich der sexualisierten Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im virtuellen Raum und entsprechende Jugendhilfestrategien. Das Projekt war eingebettet in ein Trainee-Programm für Humanwissenschaftler/-innen, das der LVR im Zeitraum 2007 bis 2009 durchführt.

Die Ausgangsfrage lautete: Welche Strategien kann Jugendhilfe bei der Vermeidung von virtueller (Pädo-)Kriminalität überhaupt bereit halten? Und welche Kooperationsformen zwischen Jugendhilfe, Schule , Familie und anderen Institutionen im Sozialraum sind für eine erfolgreiche Prävention notwendig? Neben gesetzlichen Formen des Kinder- und Jugendschutzes und des Jugendmedienschutzes muss der Schwerpunkt natürlich eindeutig auf der Prävention und hier speziell in der Vermittlung kritischer Medienkompetenz liegen.

Ziel war eine Untersuchung, welche Stellen in NRW (Landesstellen Kinder- und Jugendschutz, Landesanstalt für Medien, Landeskriminalamt etc.) und speziell im Rheinland (kommunale Jugendämter, freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe etc.) welche Art von Vorbeugungsarbeit leisten. Den Kern bildete eine Umfrage bei den Jugendämtern im Bereich des Landesjugendamtes Rheinland und eine qualitative Analyse ihrer Präventionsprojekte.

Die „Präventionslandschaft Rheinland“ stellt sich demnach als recht fragmentiert dar. Einige Jugendämter haben vorbildliche Gesamtstrategien einer vernetzten

**Das Projekt**

## JIM-Studie 2007

### Handymissbrauch steigt an

94 Prozent aller Jugendlichen haben aktuell ein Mobiltelefon. Die breite Ausstattung technischer Möglichkeiten wie Datentausch oder Foto-/Videofunktionen ermöglicht dabei zunehmend missbräuchliche Anwendungen. 29 Prozent der Handybesitzer zwischen 12 und 19 Jahren haben schon einmal mitbekommen, dass eine Schlägerei mit dem Handy gefilmt wurde. Mit einer Zunahme von 12 Prozentpunkten gegenüber 2006 hat sich dieser Wert fast verdoppelt. Inzwischen ist jeder dritte Junge und jedes vierte Mädchen mit diesem unter dem Namen „happy slapping“ bekannten Phänomen in Berührung gekommen. Hauptschüler berichten häufiger von solchen Vorkommnissen als Realschüler und Gymnasiasten. Dies sind Ergebnisse der JIM-Studie 2007 (...)

Ein Drittel der jugendlichen Handybesitzer hat im Freundeskreis den Austausch von gewalthaltigen oder pornografischen Inhalten mitbekommen. Jeder zehnte Jugendliche war selbst betroffen und bekam solche jugendgefährdenden Inhalte auf sein Handy geschickt. Der Datenaustausch wird durch die gute Ausstattung der Handys begünstigt – zwei Drittel aller Jugendlichen haben ein Handy mit Bluetoothschnittstelle, die den kostenfreien Austausch ermöglicht. Vier von fünf Jugendlichen können mit ihrem Handy ins Internet gehen und haben eine integrierte Kamera (...)

Die Studienreihe JIM (Jugend, Information, (Multi-)Media) des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest bildet seit 1998 das Medien- und Freizeitverhalten der Jugendlichen zwischen 12- bis 19 Jahren in Deutschland ab. Für die repräsentative Studie werden ca. 1.200 Jugendliche befragt.

*Kontakt: Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs), Herr Rathgeb, Tel.: 0711/66991-52, E-Mail: t.rathgeb@lfk.de*
*Die Studie & weitere Infos unter: www.mpfs.de*

christian/Jugend online (www.jugend.info)

und koordinierten Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe, Schule, Polizei, Sozialen Diensten und Vereinen. Die Mehrzahl hat sich des Themas angenommen und bietet vereinzelt Maßnahmen an wie Informationsvorträge und Fortbildungen an Schulen oder in Jugendeinrichtungen. Ein drittes Segment der kommunalen Jugendämter hat das Thema noch gar nicht aufgegriffen.

### Präventionsmethoden

Grundsätzlich kristallisieren sich drei Präventionsmethoden heraus, die sich großer Beliebtheit unter den Jugendämtern erfreuen:

– Präventionstheaterstücke der Beratungsstelle Zartbitter Köln e.V. an Schulen und in Jugendeinrichtungen.
– Fachvorträge und Informationsveranstaltungen für Eltern, Lehrer/-innen und Fachkräfte durch externe Referenten/-innen, Fachkräfte des Jugendmedienschutzes oder der lokalen Polizeikommissariate Vorbeugung.
– Schulbesuche und Gestaltung von Workshops/Unterrichtseinheiten durch Fachkräfte des Jugendamtes, der lokalen Polizei oder von Beratungsstellen.

„Präventionsarbeit beginnt immer mit der Fortbildung der Erwachsenen“ – so das Credo der Beratungsstelle Zartbitter e.V., die sich mit ihren Präventionstheaterstücken („Click it!“, „Ganz schön blöd“ etc.) als „Marktführer“ in der Präventionslandschaft etabliert hat. Dieser richtige Ansatz bedeutet in der Konsequenz, dass die erfolgreiche Vermittlung kritischer Medienkompetenz sich nicht nur an Kinder und Jugendliche, sondern an ihren gesamten Sozialraum (Familie, Schule, Sport- und Kulturvereine, Jugendeinrichtungen etc.) zu richten hat.

### Integration der Präventionsarbeit in Schule

Ein wichtiges Erfolgskriterium für eine nachhaltige Prävention ist die Integration der Präventionsarbeit in den schulischen Unterricht, um alle Kinder zu erreichen und das Thema gleichsam virulent zu halten. Für diesen Bereich sind immer wieder folgende Anregungen und Bedarfe genannt worden:

– Integration von kritischer Medienkompetenz und Opfervermeidungsstrategien im Bereich der Neuen Medien in den schulischen Unterricht; dabei sollte es nicht um reine Informationsvermittlung gehen, sondern um aktive Gestaltung des Themas mit Hilfe der Neuen Medien.
– Schulsozialarbeit und Schulpsychologie als „Brücke“ zwischen Jugendhilfe und Schule können Schule unterstützen, das Thema nach vereinzelten, „isolierten“ Präventionsaktionen in der Schule nachhaltig präsent zu halten.
– Verbesserung der Freistellungspraxis bei Fortbildungen: Viele Rückmeldungen lassen den Schluss zu, dass Lehrkräfte grundsätzlich großes Interesse und vor allem Bedarf an Fortbildung haben, aber zu selten freigestellt werden und daher entweder privat zu Vorträgen und/oder Elternschulungen gehen – oder eben gar nicht.
– Initiation einer „Cyber-Polizei“ an den Schulen: Schüler/-innen sind selber Anlaufstelle für Fragen und Beschwerden rund um das Thema virtuelle Gewalt und werden dazu besonders geschult; möglich ist auch, dies an Streitschlichtungsprojekte anzubinden.
– „Öffnung der Schule“ gegenüber medienpädagogischen Fachkräften, Jugendschutzfachkräften und Fachkräften aus Beratungsstellen, um das „Rad nicht neu zu erfinden“, sondern sich Expertise von außen zu holen.
– Zu diesem Zweck: Intensivierung der Kooperation zwischen Schule und

**Kinder sicher im Netz – Gegen Pädosexuelle im Internet**

**Informationsbroschüre für Eltern und Fachkräfte, hrsg. von der AJS NRW**

Sexualisierte Gewalt an Kindern ist kein neues Phänomen. Aber immer wieder tauchen neue Aspekte auf – sozusagen im „modernen Gewand“. Sexuelle Übergriffe mit Hilfe des Internets sind ein solches aktuelles Problem. Die Befürchtung, Kinder könnten im Netz zufällig auf erotische oder gar pornografische Inhalte stoßen, ist sicherlich vielen Erwachsenen vertraut. Dass allerdings Pädosexuelle ganz gezielt das Internet nutzen, um Kinder sexuell zu belästigen oder sogar einen persönlichen Kontakt mit dem Ziel eines realen sexuellen Missbrauchs herzustellen, scheint für viele Kinder, Eltern und Fachkräfte kaum vorstellbar.

Mit dem vorliegenden Themenheft sollen die für Kinder Verantwortlichen über diese Gefahren im Netz informiert werden. Es geht um Aufklärung und Information für Kinder und ihre Vertrauenspersonen.

*Bezug der Broschüre (16 Seiten, Schutzgebühr 1,- EUR) bei: Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Landesstelle NRW e.V.; Kontakt: Frau Braun (Inhalt), Telefon 0221/921392-17, gisela.braun@mail.ajs.nrw.de, Frau Schneidereit (Versand), Telefon -10, E-Mail: info@mail.ajs.nrw.de (Versand). – Im Internet: www.ajs.nrw.de*

Jugendhilfe, wie sie die verschiedenen Gesetze (u.a. SGB VIII/KJHG und NRW-Schulgesetz) vorschreiben: Die Jugendämter sollten sich z.B. an den Schulen als Ansprechpartner und Anlaufstelle anbieten können.

Dementsprechend liegt eine der wichtigsten Herausforderungen im strukturellen Voranbringen des Themas in der kommunalen und überregionalen Kinder- und Jugendhilfe und Bildungslandschaft allgemein. Viele Initiativen und gelungene Präventionsangebote fußen heute auf Einzelinitiativen engagierter Jugendpfleger/-innen, Lehrkräfte oder Vereine. Ziel muss aber der Aufbau von kommunalen Präventionsnetzwerken sein, in denen der Umgang mit Neuen Medien und ihren Gefahren integraler und dauerhafter Bestandteil ist. Zu diesem Zweck hat es sich als wirkungsvoll herausgestellt, dass die kommunalen Jugendämter gemeinsam mit Schulträgern, Elternvertretungen, freien Trägern der Jugendhilfe, Vereinen, Fachkräften aus Bibliotheken, Beratungsstellen, Vorbeugungskommissariaten der Polizei etc. Strategien abstimmen und diese nach der Initiation von einzelnen Projekten ständig rückkoppeln und kritisch reflektieren. Das LJA Rheinland ist hier gerne bei der Fachberatung und der Vermittlung erfolgreicher Modellprojekte behilflich.

Weiterführende Informationen zum Thema im Internet unter:
– www.jugend.lvr.de
– www.chatgewalt.de
– www.jugendschutz.net
– www.klicksafe.de
– www.zartbitter.de
– www.ajs.nrw.de

*Autoren-Info:*
*Sven Lehmann M.A. ist Politikwissenschaftler und beim LVR im Bereich Projektmanagement angestellt. Der Artikel fußt auf den Ergebnisse des Projektes „Jugendhilfestrategien gegen Kinderpornografie“, das das LJA Rheinland im Zeitraum 08/2007 bis 01/ 2008 durchgeführt hat. – Kontakt: sven.lehmann@lvr.de*

*Kontakt für Anfragen: LVR, Dez. Schulen, Jugend, 50663 Köln, Frau Leshwange, Tel. 0221/809-6093 E-Mail: martina.leshwange@lvr.de*

Das Projekt

# Projekt *Schlag.fertig*

## Gewaltvorbeugung von und für Jugendliche an allen Kölner Schulen

Schlagfertig – das sind die Jugendlichen, die an diesem Projekt teilnehmen, in zweifacher Hinsicht. Erstens haben sie mit der eigenen Gewalttätigkeit abgeschlossen und sind sozusagen „fertig mit dem Schlagen“. Zweitens können diese Jugendlichen nunmehr ihre Überzeugungen und Erfahrungen durch verbale Schlagfertigkeit deutlich machen.

### Worum geht es überhaupt?

Das Kölner Gewaltpräventionsprojekt läuft seit Januar dieses Jahres in der aktiven Durchführungsphase. Das bedeutet, dass männliche gewaltbelastete Jugendliche zwischen 14 bis 16 Jahren im Rahmen des Projektes selber Aktionen zur Gewaltvorbeugung für andere Gleichaltrige entwickeln und durchführen. Hieran ist das Besondere, dass nicht irgendwelche Jugendlichen oder sogar Erwachsene sich Präventionsmaßnahmen überlegen, sondern diejenigen, die sich selbst aus eigener Betroffenheit am besten mit dem Thema auskennen: Jugendliche, die selbst gewalttätig waren.

Das Projekt *Schlag.fertig* baut auf dem Ansatz des Peer-Involvements auf. Hierbei handelt es sich um einen Ansatz, der Personen, welche mit der Zielgruppe für ein Projekt gemeinsame Eigenschaften oder Lebensumstände teilen, aktiv in Präventionsmaßnahmen einbezieht und diesen einen „Expertenstatus in eigener Sache“ zuspricht. Im Sinne von „Peer“ kann es sich bei Gemeinsamkeiten allgemein um ein ähnliches Alter, einen ähnlichen Rang oder eine vergleichbare Lebenssituation mit ähnlichen Bedürfnissen, Interessen und Erfahrungen handeln.

### Wie sieht das Projekt aus?

Die Zielgruppe des Projektes *Schlag.fertig* wird in zwei Gruppen aufgeteilt:
– Zum einen gibt es eine Gruppe von männlichen Jugendlichen im Alter von 14 bis 16 Jahren, die in der Vergangenheit durch gewalttätiges Verhalten aufgefallen sind und sowohl Erfahrungen als Opfer als auch als Täter haben. Die Jugendlichen durchlaufen ein eigens für sie konzipiertes Coolness-Training, in dem es um die Konfrontation mit eigenen Verhaltensweisen und Gefühlen und das Erlernen von Alternativen geht. Bei einem ergänzenden Outdoortraining geht es darüber hinaus darum, Schwierigkeiten zu überwinden, eigene Grenzen zu erkennen und die Teamfähigkeit zu verbessern.
– Anschließend absolvieren die Jugendlichen eine Schulungsphase und entwickeln eigene Aktionen zur Gewaltvorbeugung für Gleichaltrige. Hier wird dann eine Vielzahl von Jugendlichen zum Beispiel in Schulen oder Jugendzentren erreicht, welche die zweite Zielgruppe des Projektes darstellt.

Die Jugend- und Behindertenhilfe Michaelshoven gGmbH hat als anerkannter Träger der Jugendhilfe die Trägerschaft für das Projekt *Schlag.fertig* übernommen. Hierdurch und durch den engen Kontakt mit dem Jugendamt Köln und anderen Fachstellen sind eine umfassende Vernetzung mit bestmöglicher Nutzung aller Ressourcen für die jugendlichen Zielgruppen und größtmögliche Effektivität gewährleistet.

Finanziert wird das Projekt größtenteils durch die Aktion Mensch sowie die Rhein Energie Stiftung. Darüber hinaus wird das Projekt von der Universität zu Köln wissenschaftlich begleitet.

SCHLAG.fertig
Peer-Projekt zur Gewaltvorbeugung

### Aktueller Stand

Im Januar 2008 konnte nach einer lang ersehnten Kostenzusage der Aktion Mensch das Projekt in die aktive Phase starten. Für eine erste Gruppe von Jugendlichen ging es nach einem Auswahlgespräch direkt zu Beginn drei Tage lang ins Wildenburger Land zum Coolnesstraining und Outdoor-Wochenende. Im Anschluss daran haben die Jugendlichen bei regelmäßigen wöchentlichen Coolnesstrainings vor allem an den eigenen Erfahrungen und Erlebnissen gearbeitet und sind mittlerweile zu einem guten Team zusammengewachsen. Ab März wird es einen fließenden Übergang zu den Schulungen geben. Hierbei rückt die Entwicklung der Gewaltpräventionsaktionen immer mehr in den Vordergrund. Nach einer „Probephase“ in den Sommerferien werden die Aktionen dann allen Kölner Schulen, insbesondere den Klassen 5 bis 9, angeboten. Auch andere Institutionen wie Jugendzentren, stationäre Einrichtungen etc. können Aktionen buchen.

Dank der zusätzlichen Finanzierung durch die Rhein Energie Stiftung Köln konnte im Februar ein zweiter Durchlauf des Projektes mit einer zusätzlichen Gruppe von Jugendlichen starten.

### Was möchte das Projekt erreichen?

Ein Ziel des Projektes ist es, Aktionen zur Gewaltprävention an möglichst vielen Kölner Schulen durchzuführen. Mittels der Durchführung der Aktionen durch die Jugendlichen selbst werden besonders gute Effekte und eine Nachhaltigkeit erhofft, die durch andere Aktionen in dem Maße nicht erreicht werden kann. Dies kann durch andere Projekte, die mithilfe des Peer-Ansatzes arbeiten, bestätigt werden. Darüber hinaus gibt es insgesamt nur ein sehr beschränktes Angebot an Gewaltvorbeugungsmaßnahmen für Schulen in Köln, so dass ein großer Bedarf an präventiven bzw. aufklärenden und sensibilisierenden Maßnahmen besteht.

Wenn Ihre Schule, Ihre Schulklasse oder Ihre Institution Interesse daran hat, *Schlag.fertig*-Aktionen bei sich durchzuführen oder auch bei Rückfragen aller Art können Sie uns gerne kontaktieren!

*Kontakt: Schlag.fertig, Frangenheimstr. 4, 50931 Köln*
*Ansprechpartnerin: Sarah Strauß*
*Telefon 0221/4706338, E-Mail: info@schlagfertig-koeln.de*

**www.schlagfertig-koeln.de**

## Keine Angst vor wilden Kerlen

Die (fach-)öffentliche Diskussion über Jugend und Gewalt hat eine lange Geschichte. Alle Jahre wieder ist zu lesen: „Jugendgewalt nimmt zu!“ Dem gegenüber wird von Seiten der Wissenschaft seit vielen Jahren darauf hingewiesen: Gewalt ist alltäglich, hat viele Gesichter, wird nur von Wenigen ausgeübt – und hat immer auch ein Geschlecht.

Gerade der letzte Punkt, der notwendige Blick auf „Gender und Gewalt“, wird in der (fach-)öffentlichen Diskussion über Jugendgewalt bisher oft vernachlässigt. Hier setzte die Konferenz „Praxis der Jungenarbeit“ an, die am 22.11.2007 im LVR in Köln stattfand. Der Einladung von Landesjugendamt Rheinland, Paritätischem Jugendwerk NRW und Landesarbeitsgemeinschaft Jungenarbeit NW waren 180 Fachmänner aus verschiedenen Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe sowie aus dem Bereich Schule gefolgt. Der Titel „Keine Angst vor wilden Kerlen“ reflektiert das Ziel, die verschiedenen Facetten von Gewalt zum Thema zu machen.

So machte Dr. Reinhard Winter/SOWIT in seinem Fachvortrag deutlich:

– Jungengewalt ist gut! Sie macht vielen Jungen Spaß, bringt Spannung und Erlebnis. Ohne sie wäre vielleicht die Hälfte der Jungenarbeiter arbeitslos.
– Jungengewalt ist schlecht! Sie verletzt, zerstört und macht der Jungenarbeit Druck, sie zu verhindern oder gar zu beseitigen.

Erprobte Lösungsmodelle aus der Praxis gab es zur antirassistischen Bildungsarbeit mit männlichen Fußballfans, zur Präventionsarbeit mit Schülern in Grundschulen und Hauptschulen, zum Umgang mit Gewalt im Alltag einer Jugendeinrichtung, zu sexualisierter Gewalt und zur Jungenarbeit im Kinderheim.

*Einzelne Beiträge der Konferenz sind unter www.jugend.lvr.de (Fachthemen/Querschnittsthemen) veröffentlicht. Im Herbst erscheint eine Dokumentation mit allen Beiträgen.*

**Infos & Kontakt:**
**alexander.mavroudis@lvr.de**

# Auf gutem Weg, aber lange noch nicht am Ziel

## Jugendhilfepolitische Forderungen der Landesverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes NRW zur Weiterentwicklung der Offenen Ganztags-(grund-)schule

### anlässlich der Fachtagung „Zwischenzeugnis – Vier Jahre Offene Ganztags-(grund-)schule in NRW“ am 23.11.2007

Das Land NRW forciert(-e) in einem ersten Schritt die Entwicklung von Konzepten der Ganztagsbetreuung im Primarbereich. Verknüpft mit diesem neuen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebot sind vor allem drei landespolitische Zielsetzungen:

– Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.
– Bildungsqualität und Chancengleichheit für alle Kinder verbessern.
– Ein integriertes Ganztagsangebot unter dem Dach der Grundschule schaffen.

Mittlerweile erfolgen weitere Aktivitäten, um ähnliche Veränderungen auch an weiterführenden Schulen, insbesondere in den Hauptschulen „auf den Weg“ zu bringen.

Gemessen an den Zielsetzungen des Landes sind hinsichtlich des aktuellen Umsetzungsstandes konzeptionelle, strukturelle und wesentlich auch finanzielle Weiterentwicklungen notwendig!

Bildung muss ein selbstverständliches Gut für alle Kinder sein, Lernprozesse brauchen größere Vielfalt, und Schulen müssen zu einem Ort werden, an den Kinder und ihre Familien gern kommen, weil sie dort gewollt sind, gefragt werden und auch Unterstützung erhalten können. Deshalb sind folgende Anforderungen zur Weiterentwicklung der Ganztags-(grund-)schule in enger Kooperation mit der Jugendhilfe zu benennen:

### 1. „Jeder wird gesehen!“ Individuelle Förderung von Kindern ermöglichen

Die OGS kann derzeit den inhaltlichen Baustein der Betreuung relativ gut umsetzen, ein integriertes System qualifizierter und planvoller Angebote der Bildung, Erziehung und Betreuung ist jedoch eher die Seltenheit. Gründe dafür sind zum einen die strukturelle wie finanzielle Ausstattung der OGS, aber auch die Tatsache, dass Kinder und die weiteren beteiligten Akteure Schule und OGS als zwei voneinander getrennte Dinge erleben: vormittags wird gelernt, nachmittags betreut (Mittagessen, Hausaufgaben, Freizeit). Kinder und Familien aus belasteten Lebenssituationen oder mit Zuwanderungshintergrund werden bislang als NutzerInnen der OGS in zu geringem Maße erreicht.

Die individuelle Arbeit mit und Förderung von einzelnen Mädchen und Jungen, insbesondere von Kindern mit Unterstützungsbedarf und in Schwierigkeiten gelingt unzureichend.

**Die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes NRW**

Sechs Wohlfahrtsverbände:
– Arbeiterwohlfahrt (AWO),
– Caritas-Verbände,
– Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband,
– Deutsches Rotes Kreuz,
– Diakonisches Werk und
– Jüdische Gemeinden

bilden mit ihren 17 Spitzenverbänden die Freie Wohlfahrtspflege NRW.

*Weitere Infos unter: www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de*

*Schule und Jugendhilfe dürfen nicht länger ein einander ergänzendes Angebot sein, sondern ein miteinander verknüpftes „Gesamtpaket"! Sie müssen sich für die Lebens- und Lerngeschichten von Kindern ernsthafter interessieren (können).*

*„Differenzierung" ist das zentrale Stichwort einer notwendigen Weiterentwicklung!* Das heißt: Differenzierung unterschiedlicher Lebenslagen und Bedarfe von Mädchen und Jungen mit und ohne Zuwanderungshintergrund, von Konzepten und Angeboten entsprechend der unterschiedlichen Förderbedarfe, von Stärken und Entwicklungsaufgaben etc.

*Wenn Kinder eigenverantwortlich und selbständig werden sollen, müssen Profis und Institutionen es auch sein (können)!* Dafür braucht es: Flexibilität im Umgang mit (Öffnungs-)Zeiten und Pausen; stärkere Rhythmisierung des Lernalltags; wechselnde, anregende Lernorte; selbstständige Schulen mit eigenen Budgets (Einstellung von Fach-/Lehrkräften; „Einkauf" von externen Kompetenzen etc.); „Ganztagslehrer/-innen" und „Ganztagserzieher/-innen" bzw. Sozialpädagogen/-innen; Orte des gemeinsamen, von- und übereinander Lernens der Fachkräfte in Schule und Jugendhilfe; ein gemeinsames Verständnis der Profis von ihrer gemeinsamen Aufgabe, Bildung, Erziehung und Betreuung zu organisieren.

*Eine bedarfs- und zielorientierte Konzeptentwicklung muss an die Stelle einer derzeit relativen „Beliebigkeit" der Angebotsgestaltung treten, die sich vorrangig an dem orientieren muss, was OGS-Fachkräfte mitbringen.*

## 2. „Alles aus einer Hand!" Unterstützung und Entlastung anbieten

Die Erziehung ihrer Kinder ist eine der größten Herausforderungen, die sich Eltern stellt. Dies desto mehr, als die Anforderungen an alle Eltern in den letzten Jahrzehnten enorm gewachsen sind. Für benachteiligte Familien stellen sich Fragen und Probleme häufig noch intensiver. Familien brauchen Angebote, die sie in der Erziehung von Kindern und ihrem Alltagsleben begleiten, beraten und unterstützen.

Schule gehört jedoch im übertragenen Sinne meist nicht „zur Familie" und ist dort oftmals auch kein gern gesehener Gast. Für viele Kinder und Eltern ist die Schule – und somit auch die OGS – ein Lernort, aber i.d.R. kein Lebensort. Wenn doch, dann maximal für die Kinder.

*Neben Angeboten der Betreuung, Förderung, Bildung und Erziehung von Kindern ist die Unterstützung und Entlastung von Familien in mehr oder auch weniger schwierigen Lebenslagen konzeptionell zu entwickeln (Analogie: Familienzentren).*

Schule und OGS müssen zu einem gemeinsamen Ort für Kinder und ihre Familien werden, zu einem Zentrum für das Lernen, in dem jeder etwas vom anderen lernen kann. Die „Schule der Zukunft" ist zu denken als Treffpunkt für Familien, als Anlaufpunkt für Unterstützung, Beratung und Bildung, als Ort, der im Stadtteil verankert ist.

## 3. „Zusammen sind wir stark!" Teilhabe der Nutzer/-innen forcieren

Die Teilhabe und Mitentscheidung von Kindern an sie betreffenden Belangen ist keine Selbstverständlichkeit in Schule und OGS. Auch Eltern werden an Schulen bzw. in der OGS häufig nicht in ihrer Rolle als „Erziehungsexperten/-innen" angesprochen. Schule fragt häufig dann an, wenn es Probleme gibt oder es um die Mitverantwortung für Feiern und Feste geht; selten aber, um den Rat und die Unterstützung von Eltern im Einzelfall oder bei Konzeptionsentwicklungen zu erfragen.

*Kinder stark zu machen und Erziehungspartnerschaften mit Eltern zu entwickeln bedeutet, Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Eltern aktiv zu forcieren und sich darüber gewiss zu sein, wofür man diese Partner dringend braucht.*

Notwendig sind: die Entwicklung weitestgehender Modelle der Teilhabe von Eltern und Kindern (Konzepte, Programme, Einstellung von Fachkräften etc.), der Aufbau gleichwertiger Erziehungspartnerschaften mit Eltern, umfassende Modelle der Mitverantwortung und Mitbestimmung der Professionellen (Lehrer/-innen, Schulleitungen, Fach- und Leitungskräfte der Jugendhilfe ...) hinsichtlich der Gestaltung des Lern- und Lebensalltags am Ort Schule.

*Die Weiterentwicklung und Gestaltung einer veränderten Ganztagsschule muss unter Beteiligung aller passieren.*

## 4. „Qualität hat ihren Preis!" Verlässliche und auskömmliche Rahmenbedingungen schaffen

Die Umsetzung der OGS vor Ort ist so vielgestaltig, wie die Zahl der Kommunen und Kreise im Land. Die finanzielle Ausstattung einer Kommune, ihr fachlicher Gestaltungswille und ihre Anstrengungen zur Etablierung verlässlicher Kooperationsbezüge prägen wesentlich die „bessere" oder „schlechtere" Qualität der OGS.

Gemessen an den Zielsetzungen ist die Finanzierung der OGS unzureichend, wodurch Kontinuität und eine hohe Qualität des Angebots behindert werden.

Zentrale Probleme sind:

- Jährlichkeit der Finanzierung und der Verträge für Fachkräfte (i.d.R. Erzieherinnen mit befristeten Teilzeitverträgen).
- Hohe Fluktuation der fachlich qualifizierten OGS-Fachkräfte.
- Größe der OGS-Gruppen im Verhältnis zum Personalschlüssel.
- Mangelnde Fortbildung und Supervision von OGS-Fachkräften und Lehrer/-innen.
- Stagnation der Zuschüsse seit Einführung der OGS in NRW.
- Das „Zurückfahren" der Investitionskosten in 2007.

*Unter den gegebenen strukturellen, finanziellen und personellen Bedingungen sind die Zielsetzungen der Landesregierung nicht umsetzbar!*

*Die Ganztagsschulen vor Ort brauchen keine identische, aber eine bedarfsgerechte und gleichwertige Ausstattung.*

*Notwendig ist die kommunikative Entwicklung und Vereinbarung landesweiter Standards für die OGS (Finanzierung, Konzepte, Qualifikationen, etc.).*

*Elternbeiträge für die Teilnahme an der OGS sind abzuschaffen. Wenn Schule und Jugendhilfe ein neues Lernen an einem veränderten Ort Schule entwickeln sollen, kann der Nachmittag nicht kosten, was der Vormittag ohne finanzielle*

*Beteiligung der Eltern bietet. Bildung muss für alle Kinder barrierefrei zugänglich sein!*

*Für die Ganztagsschulentwicklung in der Kooperation von Jugendhilfe und Schule ist eine kommunale Steuerung, aber auch lokaler Gestaltungswille auf der Ebene von Politik und Verwaltung unabdingbar. Jugend- und Schulämter müssen eine abgestimmte, koordinierende Rolle wahrnehmen.*

*Qualitätsentwicklung und „gute" Arbeit brauchen verlässliche und ausreichende strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen.*

**5. „Zukunftsmusik": Welche Schulen braucht das Land?**

Die OGS in NRW ist aufgrund ihrer derzeitigen Struktur und Ausstattung nicht in der Lage, alle intendierten Bausteine (Bildung, Betreuung, Erziehung und Förderung) zu einem integrierten Gesamtkonzept weiterzuentwickeln und flächendeckend umzusetzen. Sie ist eine „Angebots-Schule". Verschiedene Elemente notwendiger Weiterentwicklung werden sich gestalten lassen, wenn personell und finanziell bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden. Allerdings hat die OGS als Angebotsschule strukturelle Grenzen.

Geht es darum, auf einem hohen Niveau gleiche Chancen der Teilhabe an Bildungsprozessen und der Verbesserung der Bildungsqualität für alle Kinder und Jugendlichen zu erreichen, so kann dies aus Sicht der Feien Wohlfahrtspflege nur gelingen, wenn fachlich und politisch über grundlegende Strukturveränderungen des deutschen Schulsystems nachgedacht werden kann und hier sukzessiv Veränderungen herbeigeführt werden.

*Zu diskutieren und zu beantworten bleibt landespolitisch die Grundsatzfrage: Was soll und kann die OGS als „Angebotsschule" leisten?*

*Kontakt: AG der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW, Dr. Kurt A. Holz, Lenaustraße 41, 40470 Düsseldorf, Telefon: 0211/ 6398-218, E-Mail: presse@freiewohlfahrtspflege-nrw.de*

*Materialien zur Tagung unter: www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de*

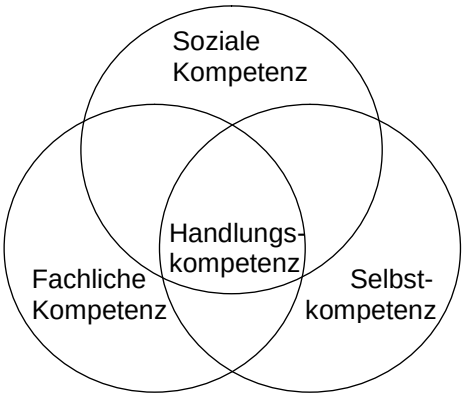
# Fortbildung & Material zum Ganztag in NRW

## LVR-Berufskolleg bietet Aufbaubildungsgang Offene Ganztagsschule an

Am 16. August 2008 startet beim Berufskolleg des Landschaftsverbandes Rheinland in Düsseldorf ein neuer Qualifizierungskurs für Mitarbeiter/-innen an Offenen Ganztagsschulen. Der Aufbaubildungsgang ist ein Modellversuch des Landes Nordrhein-Westfalen.

Angesprochen sind v. a. Absolventen von Fachschulen des Sozial- oder Gesundheitswesens (Erzieher/-innen, Heilerziehungspfleger/-innen, Heilpädagogen/-innen etc.), die zurzeit in einer Offenen Ganztagsschule arbeiten oder dies demnächst planen und die sich für die besonderen Herausforderungen in diesem Arbeitsfeld persönlich und fachlich weiter qualifizieren möchten.

Die Fortbildung wird sich mit Fragen der Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe und Eltern, der qualifizierten Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern verschiedener Lebenslagen und der Umsetzung der Offenen Ganztagsschule in Teams und Organisationen beschäftigen. Aufbauend auf den Erstausbildungen werden wichtige Schlüsselkompetenzen vermittelt (siehe Schema).




Die Fortbildung umfasst 600 Stunden, verteilt auf 18 Monate. Präsenztage sind jeweils mittwochs von 18.00 bis 21.15 Uhr sowie fünf zweitägige Seminare, vier Tagesveranstaltungen und eine Blockwoche. Daneben werden E-Learning, Studienbriefe, regionale und inhaltliche Studien- und Beratungsgruppen genutzt.

Die Fortbildung schließt mit einer Projektarbeit und einem Kolloquium ab. Es wird ein Zertifikat verliehen, das in Verbindung mit dem Zeugnis der Fachschule seine Gültigkeit erhält.

Die Teilnahme an der Qualifizierung ist beim Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen kostenlos. Für Lernmittel muss ein Eigenanteil von 150,- EUR erbracht werden.

Eine Bewerbungen ist ab sofort möglich. Die Interessenten werden dann zu einem Informations- und Vorstellungsgespräch eingeladen

*Kontakt:*

*Berufskolleg des LVR, Am Großen Dern 10, 40625 Düsseldorf, Ansprechpartner: Herr Feldwisch, Telefon 0211/291993-0 E-Mail: Hartmut.Feldwisch@lvr.de*

**Weitere Infos auch unter www.berufskolleg.lvr.de**

# 3. Herbstakademie „Individuelle Förderung in der offenen Ganztagsschule – von acht bis vier“

## Eine Fortbildungsveranstaltung für Lehrer/-innen und pädagogische Fachkräfte vom 8.-10.10.2008 in der Akademie Mont Cenis, Herne

In Nordrhein-Westfalen gibt es seit dem Schuljahr 2007/2008 über 2.900 offene Ganztagsschulen im Primarbereich (OGS). Anspruch und Zielsetzung der OGS ist es, jedes einzelne Kind mit seinen individuellen Stärken und Schwächen in den Blick zu nehmen und gezielt zu fördern.

Die 3. Herbstakademie zur offenen Ganztagsschule will dazu einladen, sich in einem angenehmen und professionellen Umfeld mit der Praxis der „Individuellen Förderung“ von Schüler/-innen in der offenen Ganztagsschule zu befassen. Während der Tagung besteht die Chance, sich über erprobte und bewährte Praxisformen auszutauschen, neue kennen zu lernen oder interessante und innovative Ansätze gemeinsam mit Anderen weiter zu entwickeln oder auf ihre Praxisrelevanz zu überprüfen.

Im Rahmen der Herbstakademie werden, neben Fachvorträgen, fünf thematische Workshops angeboten:

– Offene Ganztagsschule: ein Team! Kooperation von Lehrer/-innen und pädagogischen Fachkräften schrittweise entwickeln.
– Fachsprache erwerben: Wie kann man das am Vor- und Nachmittag einer Ganztagsschule unterstützen?
– Aufwachsen unter erschwerten Bedingungen: Das Kind schützen, die Persönlichkeit stärken.
– „Du hast angefangen! Nein, du!“ – Konflikte in und durch Bewegung, Spiel und Sport im Ganztag meistern und für ein gestärktes Miteinander nutzen.
– Kinder stärken: Soziale Kompetenz durch kulturelle Angebote individuell fördern.

Die Fortbildungsveranstaltung richtet sich an Praktiker/-innen, die die offene Ganztagsschule täglich gestalten: Schulleitungen, Lehrkräfte sowie alle außerunterrichtlichen Fachkräfte.

Eine Anmeldung kann nur über die Internetseite **www.ganztag.nrw.de** (Pfad: Veranstaltungen) erfolgen. Dort gibt es auch weitere Informationen zu den Vorträgen und Workshopinhalten.

*Kontakt*

*Serviceagentur „Ganztägig lernen in Nordrhein-Westfalen“/Institut für soziale Arbeit e.V., Uwe Schulz, Telefon 0251/200799-16, E-Mail: uwe.schulz@isa-muenster.de; Silvia Szacknys-Kurhofer, Telefon 0251/200799-23, E-Mail: silvia.szacknys-kurhofer@isa-muenster.de*

# Ganztagsschulen entwickeln. Qualitätsentwicklung durch gemeinsame Fort- und Weiterbildung

## Fachtagung zum Abschluss des Verbundprojektes „Lernen für den GanzTag“ am 29. Mai 2008 im Maternushaus in Köln

Die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz haben im Verbundprojekt „Lernen für den GanzTag“ Fortbildungsbausteine entwickelt, mit denen Lehrer-/innen, sozialpädagogische Fachkräfte sowie anderes Personal in Ganztagsschulen gemeinsam weiterqualifiziert werden kann.

Auf der Fachtagung „Ganztagsschulen entwickeln. Qualitätsentwicklung durch gemeinsame Fort- und Weiterbildung“ werden diese Fortbildungsbausteine zum Abschluss des Verbundprojekts der Öffentlichkeit vorgestellt. Ausgewählte Materialien werden in Foren präsentiert und Anstöße gegeben, wie sie für Ganztagsschulen zum Einsatz gebracht werden können. Den Rahmen für diese Präsentationen setzen Fachvorträge und ein Ländergespräch, in denen u.a. Stellenwert und Verankerung gemeinsamer Fort- und Weiterbildung für die Ganztagsschulentwicklung aufgegriffen werden. Eine Ausstellung am Veranstaltungsort bietet zudem einen Einblick in vielfältige Programme und Initiativen zur Unterstützung von Ganztagsschulen in den beteiligten Bundesländern.

Die Veranstaltung richtet sich an Multiplikatoren/-innen im Bereich der Ganztagsschule und ihre Partner aus der Kinder- und Jugendhilfe, der Kultur, dem Sport u.a., an die Fachöffentlichkeit und Träger der Fort- und Weiterbildung, die Wissenschaft, an Vertreter/-innen von Kommunen und Kreisen sowie, nicht zuletzt, an Leiter/-innen oder andere verantwortliche Personen aus Ganztagsschulen.

Weitere Informationen zum Programm (Ausschreibungsflyer) und zur Anmeldung unter: **www.ganztag.nrw.de**

*Kontakt*

*Serviceagentur „Ganztägig lernen in Nordrhein-Westfalen“/Institut für soziale Arbeit e.V.*

*Uwe Schulz (zu Inhalt), Telefon 0251/200799-16, E-Mail: uwe.schulz@isa-muenster.de*

*Andrea Kuktin (Organisation), Telefon 0251/200799-0, E-Mail: andrea.kuktin@isa-muenster.de*

# Fortbildung für medienpädagogische Fachkräfte zum Thema „Computer- und Konsolenspiele“

**Das Adolf-Grimme-Institut sucht medienpädagogische Fachkräfte für Elternabende im Rahmen der Initiative „Eltern+Medien“**

Mit der Initiative Eltern+Medien greift die Landesanstalt für Medien NRW auch in diesem Jahr den deutlich gestiegenen Orientierungs-, Beratungs- und Aufklärungsbedarf von Eltern in der Medienerziehung ihrer Kinder auf.

Bereits seit 2007 werden Einrichtungen in NRW erfolgreich in die Lage versetzt, Eltern Informationsveranstaltungen zu aktuellen Fragen der familiären Mediennutzung anzubieten. Das Adolf-Grimme-Institut qualifiziert dafür Fachpersonal und bietet finanzielle und logistische Unterstützung in der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungen an. Hierzu gehören die Vermittlung von Referenten/-innen, die Übernahme von Honoraren, die Bereitstellung von Werbe- und Informationsmaterialien sowie die Beratung bei der Organisation von Elternabenden.

Nach der überwältigenden Resonanz auf die Themen „Frühkindliche Medienerziehung“ und „Internet und Handy“ sucht das Adolf-Grimme-Institut weitere medienpädagogische Fachkräfte zur Ausweitung des Referenten/-innenpools. Informationsveranstaltungen für Eltern zum Thema „Computer- und Konsolenspiele“ sollen ab August 2008 angeboten werden.

Gesucht werden medienpädagogische Fachkräfte, die bereits erfolgreich in der medienpädagogischen Elternarbeit tätig sind, eigene Computerspielerfahrung und Spaß an der kritischen Auseinandersetzung haben und interessiert sind, als Referent/-in in der Initiative Eltern+Medien eingesetzt zu werden.

Voraussetzung zur Aufnahme in den Referentenpool ist die Teilnahme an dem dreitägigen Qualifizierungsworkshop „VIRTUELLE WELTEN: Computer- und Konsolenspiele in Gesprächsabenden mit Eltern“, der auf bereits vorhandenes medienpädagogisches Wissen aufbaut.

Themen des Seminars werden unter anderem sein:

– Familie, Gesellschaft, Medien.
– Computerspiele: Was sollten Eltern wissen?
– Medienpädagogische Zusammenarbeit mit Eltern.

Die Fortbildung „VIRTUELLE WELTEN: Computer- und Konsolenspiele in Gesprächsabenden mit Eltern“ findet vom 18. bis 20. Juni 2008 im Adolf-Grimme-Institut in Marl statt. Die Teilnahme ist kostenlos. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

**Bewerbungsfrist ist der 15. Mai 2008!**

*Weitere Informationen zu den Fortbildungsinhalten und zum Bewerbungsverfahren unter:*

*www.elternundmedien.de.*

*Kontakt:*

*Adolf-Grimme-Institut, Eduard-Weitsch-Weg 25, 45768 Marl Elisabeth Turowski, Telefon 02365/9189-28, E-Mail: elternundmedien@grimme-institut.de*

## Infos, Beratung und Fortbildung zum „Ganztag“ im LJA Rheinland

### Fachberatung „Offene Ganztagsschule im Primarbereich“

Die Fachberatung im Landesjugendamt Rheinland informiert und berät Kommunen (Jugend- und Schulverwaltungsämter), freie Trägerzusammenschlüsse auf kommunaler und Landesebene sowie Jugendhilfe-und Schulausschüsse zur Einführung und Qualitätsentwicklung der Offenen Ganztagsschule im Primarbereich. Ansprechpartner/-in sind

– im Regierungsbezirk Düsseldorf: Frau Dr. Kleinen, Tel. 0221/809-6940, E-Mail: karin.kleinen@lvr.de
– im Regierungsbezirk Köln: Herr Mavroudis, Tel. 0221/809-6932, E-Mail: alexander.mavroudis@lvr.de

*Weitere Infos & Materialien der Fachberatung zum „Ganztag“ unter: www.jugend.lvr.de (Fachthemen/Jugendhilfe und Schule/Ganztagsschule)*

# Ästhetische Bildung an Ganztagsschulen

## Ost-West-Partnerschaft zwischen der Universität Greifswald, der Akademie Remscheid und deutschem Kunstschulverband

„Der Aufbruch im Bildungswesen bringt die kreativen Kräfte auf Trab. Wer dabei sein will, muss sich beeilen“, meint Roland Oesker. „Es geht darum, kluge Konzepte für die Ganztagsschule nachhaltig zu etablieren. Sonst ist der Zug abgefahren, und die deutsche Schule hinkt dem richtigen Leben auf Ewigkeit hinterher.“ Oesker ist Leiter des Fachbereichs Bildende Kunst an der Akademie Remscheid. In Zusammenarbeit mit Prof. Ulrich Puritz vom Caspar-David-Friedrich Institut an der Universität Greifswald setzt er ein Qualifizierungsmodell für die ästhetische Bildung an Schulen um, das seit Ende 2007 läuft und auf großen Zuspruch trifft. An der Fortbildung 2008 nehmen 20 Lehrer/-innen, Künstler/-innen und andere pädagogische Fachkräfte teil; es gibt eine große Nachfrage nach weiteren Kursen dieser Art.

Die Qualifizierung für ästhetische Bildung an Jugendkunstschulen und Ganztagsschulen findet in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen statt. Die Kunstpädagogen/-innen erhalten ein anspruchsvolles Zertifikat und können an allen Schultypen unterrichten. Vor allem sind sie ein Bindeglied zwischen allgemeinbildenden Schulen und Jugendkunstschulen. „So kommen auch Kinder mit aktueller Kunst in Kontakt, die sonst keine Chance auf eine Förderung ihrer Kreativität hätten“, freut sich Oesker. „Das ist für die kulturelle Integration von benachteiligten Familien ein großer Fortschritt.“

*Ausführliche Informationen enthält ein Sonderprospekt, der von der Website der Akademie Remscheid heruntergeladen werden kann: www.akademieremscheid.de*

# Islam und Schule

## Handreichung „Herausforderung und Chancen in Bildungseinrichtungen“ zum Umgang mit muslimischen Kindern, Jugendlichen, Eltern

Der nordrhein-westfälische Integrationsbeauftragte Thomas Kufen (CDU) hat eine Broschüre mit Hinweisen zum Umgang mit muslimischen Schüler/-innen vorgestellt. Die Handreichung „Herausforderung und Chancen in Bildungseinrichtungen soll vor allem Lehrer/-innen, Erzieher/-innen, aber auch Eltern die Hintergründe für Verhaltensweisen von Kindern und Jugendlichen und deren Eltern nahebringen. Mithilfe der Handreichung sollen diese einen leichteren Zugang zu den Kindern und Jugendlichen erlangen sowie deren Eltern auf neuen Wegen erreichen. Sie können besser auf die religiösen Besonderheiten der muslimischen Kinder eingehen und schwierige Situationen, in denen sich Kinder zwischen der religiösen Erziehung und der familiären Verbundenheit auf der einen Seite und der schulischen und gesellschaftlichen Realität auf der anderen Seite befinden, entschärfen und lösen.

Thomas Kufen: „Ich möchte betonen, dass es hierbei nicht um einseitige Bemühungen seitens der Schule oder Institutionen gehen soll, sondern es geht – wie es bei Integrationsbemühungen sein sollte – um das Bemühen von beiden Seiten. Die Handreichung soll daher vor allem Impulse zu einer Verstärkung der Erziehungspartnerschaft von Schule und Elternhaus geben.“

Die Broschüre bietet Informationen zu u.a. den Themen:

- Minderheiten-Problematik: Eigenständigkeit und Integration.
- Religion von muslimischen Jugendlichen und Eltern.
- Alltagsgestaltung und Festtage.
- Speisegebote und Fasten.
- Verständnis, Bedeutung der Familie.
- Geschlechterspezifisches Rollenverständnis.
- Kleidungsvorschriften.
- Sport- und Schwimmunterricht.
- Moral und Ethik im Islam: Klassenfahrten.
- Elternarbeit.
- Moscheegemeinde.
- Islamischer Religionsunterricht.

*Bezug: Die Duckfassung der Broschüre ist inzwischen vergriffen. Sie kann kostenlos als PDF-Datei heruntergeladen werden unter: www.integrationsbeauftragter.nrw.de (Pfad: Aktuelles)*

## www.ganztag.nrw.de

### *Die* Seite zum Ganztag in Nordrhein-Westfalen

Das Ganztagsportal bietet Hinweise, Hilfen und Unterstützung, Ansprechpartner/-innen, eine Job-Börse, Übersichten und Kontaktadressen der Schulen mit Ganztagsangeboten, Organisationsmodelle und pädagogisches Material für alle, die für Steuerung, Organisation oder Durchführung des Ganztags verantwortlich zeichnen, für Lehrer/-innen, pädagogische Mitarbeiter/-innen, für die Fachberatung aus Schule, Jugendhilfe, Kultur, Sport und anderen Bereichen sowie für die Steuerungsebene bei Kommunen und Trägern.

Die Sparten des Ganztagsportals : Aktuelles ... Grundlagen ... Qualitätsentwicklung ... Praxisbeispiele ... Kooperationen ... Materialien ... Sekundarstufe I.

# Vom Mythos zum Mehrwert

## Kooperation von Jugendhilfe und Schule nützt Lehrer/-innen und sozialpädagogischen Fachkräften

### Dokumentation der Konferenz „Netze der Kooperation 9: Praxis gemeinsam gestalten – Lehrer/-innen und sozialpädagogische Fachkräfte stärken“ vom 31.10.2006

Die nun vorliegende Veröffentlichung dokumentiert eine Veranstaltung, bei der in der langen Reihe der „Netze“-Konferenzen die professionellen Akteure erstmalig nicht als Adressaten weiterer Aufgaben oder Anforderungen im Mittelpunkt standen, sondern mit ihren Fragen und Nöten als Fach- oder Lehrkraft. Der Titel „Praxis gemeinsam gestalten: Lehrer/-innen und sozialpädagogische Fachkräfte stärken“ steht für die Überzeugung der Veranstalterrunde – das Landesjugendamt Rheinland und die Bezirksregierungen Köln und Düsseldorf, Schulabteilung –, dass angesichts der Zunahme von Anforderungen im Alltag von Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe auch die professionellen Akteure selbst Unterstützungsbedarf haben. Die Zielsetzung der Konferenz war es deshalb zu klären, ob Kooperation für die professionellen Akteure selbst Entlastung bedeuten und damit zu mehr Arbeitszufriedenheit beitragen kann.

Zu diesem Zweck wurden Dr. Stephan Maykus vom Institut für soziale Arbeit in Münster und Dr. Werner Küching von der Bezirksregierung Düsseldorf eingeladen, die beide seit vielen Jahren die Kooperation von Jugendhilfe und Schule in verschiedenen Arbeitsfeldern wissenschaftlich bzw. im Rahmen der Schulaufsicht und -beratung begleiten. Als Experten/-innen aus der Praxis waren zudem über 20 Fach- und Lehrkräfte aus Köln, Düsseldorf, Kürten, Essen, Duisburg, Aachen, Eschweiler, Hagen, Solingen, Bergheim und Radevormwald eingeladen, um darzustellen, wie Zusammenarbeit an Ganztagsschulen im Primarbereich und in der Sek. I, an Förderschulen, Berufskollegs, Realschulen und in kommunalen Netzwerken konkret gelingen kann und welche gegenseitigen Entlastungen möglich sind.

Ihre dokumentierten Fachvorträge und Praxisberichte verdeutlichen anschaulich, dass Kooperation eine große Chance darstellt und im Arbeitsalltag von Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften eine entlastende Wirkung entfalten kann, denn:

– Über die langjährige Zusammenarbeit wächst eine intensive Vertrauensbasis, auf der bei neuen Projekten selbstverständlich aufgebaut werden kann; das braucht aber Zeit.
– Durch die dauerhafte Zusammenarbeit entwickeln sich der Zusammenhalt der Akteure und damit die Möglichkeit, vom fachlichen Austausch zu profitieren.
– Die gemeinsame Lösung von Aufgaben wird mit der Zeit selbstverständlich.
– Durch die Zusammenarbeit mit außerschulischen Fachkräften gelingt es, neue Kompetenzen in die Schule hinein zu holen.
– Die Vielfalt der Arbeitsstile und Professionen (im Projekt) führt dazu, dass Arbeitsinhalte fortentwickelt wurden.
– Durch die kooperative Aktion wird das Gemeinschaftsgefühl weiterentwickelt. Neue Wege gehen macht Spaß.
– Die Erfahrung, gemeinsam Kindern/Jugendlichen besser helfen zu können, fördert das eigene Wohlbefinden sowie die Identifikation der professionellen Akteure mit der Schule.
– Über die Kooperation kann die Bewältigung von Problemfällen besser gelingen: Der Partner fängt da an, wo man selbst nicht weiter kommt; das entlastet und eröffnet neue Wege.

Mit anderen Worten: Gemeinsam neue Wege gehen kann die persönliche Zufriedenheit der professionellen Akteure mit der eigenen Arbeitssituation nachhaltig fördern. Die multiprofessionelle Kooperation ist kein Mythos, sondern ein möglicher Mehrwert für Fach- und Lehrkräfte.

Aber, und auch hier sprechen die dokumentierten Beiträge der Konferenz eine deutliche Sprache: Der mögliche Mehrwert ergibt sich nicht von selbst. In Schule und Jugendhilfe gibt es unterschiedliche Kooperationskulturen und damit vielfältige potenzielle Stolpersteine, die einer Zusammenarbeit im Wege stehen. Dr. Stephan Maykus betont deshalb in seinem Beitrag: „Es bedarf verlässlicher Kooperationsstrukturen und einer Kooperationskultur, die angesichts unterschiedlicher Erfahrungen mit Zusammenarbeit in Jugendhilfe und Schule mit der Zeit wachsen muss“. Und Dr. Werner Küching mahnt in seinem Beitrag zu Recht den frühzeitigen Aufbau von kooperativen Netzwerken an, damit die professionellen Akteure im Ernstfall (zum Beispiel in Fällen von Vernachlässigung oder Misshandlung von Kindern) direkt auf abgestimmte Hilfeverfahren zurückgreifen können.

*Bezug gegen Kostenbeitrag von 5,- Euro bei:*
*LVR, Dez. Schulen, Jugend, Frau Breyer, 50663 Köln*
*E-Mail: hendrika.breyer@lvr.de*

*Kontakt für inhaltliche Fragen:*
*alexander.mavroudis@lvr.de*

### „Netze 11“ zum Thema SCHULSOZIALARBEIT

Die nächste Konferenz „Netze der Kooperation 11“ findet am 4.11.2008 im LVR in Köln statt. Als Themenschwerpunkt ist „Schulsozialrbeit“ vorgesehen. Die Ausschreibung erfolgt Mitte des Jahres.

*Infos & Kontakt:*
*alexander.mavroudis@lvr.de*

# Ausbau des erweiterten Ganztags an Hauptschulen in NRW

## Weitere 66 Hauptschulen in NRW nehmen ab Sommer 2008 den Ganztagsbetrieb auf – Ausbau auf bis zu 86.000 Plätze in bis zu 250 Ganztagshauptschulen

Der Ausbau der Hauptschulen zu Ganztagshauptschulen geht in die nächste Runde: Ende 2007 haben weitere 66 Hauptschulen in Nordrhein-Westfalen die Nachricht bekommen, dass ihrem Antrag auf Umwandlung in eine erweiterte Ganztagshauptschule zum 1.8.2008 entsprochen wird. Damit ist von den Bezirksregierungen als Genehmigungsbehörden in einem ersten Schritt bereits ein Großteil der bisher beantragten Umwandlungen genehmigt worden.

Nachdem das von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers gesteckte Ziel, in dieser Legislaturperiode 50.000 vollwertige Ganztagsplätze in Haupt- und Förderschulen zu schaffen, bereits im Sommer 2007 erreicht wurde, setzt die Landesregierung nun den Ausbau der Ganztagsschulen im Land fort.

Im Haushalt für 2008 sind zusätzliche Mittel eingestellt, um alle diejenigen Hauptschulen umzuwandeln, die zwar Ganztagshauptschule werden wollten, für die bisher aber nicht ausreichend Mittel zur Verfügung standen.

Interessierte Hauptschulen können somit noch Anträge stellen. Möglich sind nunmehr auch Anträge von Hauptschulen, die lediglich einen Ganztagszug einrichten wollen.

Die erweiterte Ganztagshauptschule in Nordrhein-Westfalen ist eine Pflichtschule, die an fünf Tagen in der Woche in der Regel Unterricht bis 16 Uhr anbietet. Sie soll damit auch einen Beitrag zur Entkopplung des schulischen Erfolgs

von der sozialen Herkunft der Kinder leisten. Lehrer/-innen und Schüler/-innen steht mehr Zeit zur Verfügung für gezielten Förderunterricht. Die zusätzlichen Ressourcen (Ganztagszuschlag) können auch für sozialpädagogisches Personal und/oder zur Finanzierung von Angeboten außerschulischer Partner wie z.B. Jugendhilfeträger, Sportvereine, Kunst-, Musik- und Kultureinrichtungen sowie von Angeboten der Berufsorientierung in Zusammenarbeit mit Einrichtungen des Handwerks und der Wirtschaft genutzt werden.

*Weitere Infos unter:*
*www.msw.nrw.de*
*www.ganztag.nrw.de*
*(Pfad: Sek. I/Hauptschule)*

**Weitere Informationen zur Qualitätsoffensive Hauptschule und zur Verankerung der Kooperation mit außerschulischen Partnern der Jugendhilfe in den Erlasssen in der Ausgabe 1/06 der „inform“, Seite 33 f. sowie unter: www.jugend.lvr.de (Pfad: Querschnittsthemen/Jugendhilfe+Schule)**

## Sozialpädagogischen Herausforderungen im Ganztag gemeinsam begegnen!

### Eine Fortbildungsreihe für Schulsozialarbeiter/-innen, Lehrer/-innen sowie weitere pädagogische Fachkräfte an Ganztagsschulen im Sekundarbereich I

Der Ganztag bietet Chancen für neue Lernarrangements mit vielfältigen Fördermöglichkeiten. Diese neuen Lehr- und Lernarrangements gehen jedoch mit besonderen sozialpädagogischen Herausforderungen einher, die Lehrer/-innen und sozialpädagogische Fachkräften bewältigen müssen. Hierzu gehört z.B. der Umgang mit auffälligen Schüler/-innen sowie die Bewältigung von Konfliktsituationen.Zudem wird durch die unterschiedlichen Förderstrukturen im Ganztag Aufschluss über besondere erzieherische Förderbedarfe gewonnen, auf die es im unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Bereich zu reagieren gilt.

Die Themen der Fortbildungsreihe resultieren aus den Ergebnissen einer qualitativen Studie zum Thema „Sozialpädagogische Herausforderungen in Ganztagshauptschulen“, an der 11 Hauptschulen aus NRW mitgewirkt haben. Die jeweils zweitägigen Fortbildungen zu u.a. den Themen
– Kinderschutz und Schule,
– Elternarbeit,
– Teamentwicklung,
– Umgang mit auffälligen Kindern
sind in sich thematisch geschlossen und können einzeln gebucht werden.

*Weitere Infos und Anmeldung (nur online) unter: www.ganztag.nrw.de (Pfad: Sek. I)*

*Kontakt für inhaltliche Fragen: Serviceagentur „Ganztägig lernen NRW“/Institut für soziale Arbeit e.V., Friesenring 32-34, 48147 Münster Dr. Eva Christina Stuckstätte, Telefon 0251/200799-15, E-Mail: eva.stuckstaette@ganztaegig-lernen.de*

# Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!

## 13. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag

## 18. – 20. Juni 2008 in Essen

Das Motto des 13. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetages „Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!“ beschreibt eine große Anforderung an unsere Gesellschaft. Kinder und Jugendliche brauchen erhebliche Anstrengungen vieler Beteiligter, um ihnen ein gutes und gerechtes Aufwachsen in eine sich immer schneller wandelnde Welt zu ermöglichen. Ziel muss es dabei sein, allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich zu eigenverantwortlichen, kompetenten und verantwortungsbewussten Mitgliedern der Gesellschaft zu entwickeln. Aufwachsen ist und Lebenschancen sind abhängig von sozialen, kulturellen, ethnischen und nicht zuletzt ökonomischen Bedingungen. Diese Rahmenbedingungen können zu individuellen Lebenslagen führen, die Möglichkeiten von Bildung, Integration und Teilhabe einschränken oder gar verhindern.

Zentrale Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe ist es, mit ihren Angeboten, Hilfen und Leistungen dazu beizutragen, junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern und Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen. Das bedeutet zugleich aber auch, dass die Kinder- und Jugendhilfe vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Veränderungsprozesse ihre Angebote, Inhalte und Methoden kritisch reflektiert und entsprechend weiterentwickelt.

### Bildung

In keinem Land Europas hängen die Bildungschancen junger Menschen so sehr vom sozialen Status ihrer Eltern ab wie in Deutschland. Das nachhaltig zu ändern, bedarf großer gesellschaftlicher Anstrengungen. Die Basis für ein leistungsfähiges und sozial gerechtes Bildungssystem muss zuverlässig in der frühen Kindheit gelegt werden. Die weitere wechselseitige Öffnung von Schule und Kinder- und Jugendhilfe zueinander in neu zu gestaltenden kommunalen Bildungslandschaften ist eine der Herausforderungen, vor die sich ein Bildungssystem gestellt sieht, das gerechtes Aufwachsen ermöglichen will.

Bildung umfasst Prozesse der formalen, informellen und nonformalen Bildung. Für alle Bereiche gilt die Notwendigkeit, die Ressourcen der Kinder und Jugendlichen zu betonen und gemeinsam mit ihnen Perspektiven für einen Bildungsweg zu entwickeln.

### Integration

Integration beschreibt das politische Ziel in zentralen Gesellschaftsbereichen und Feldern der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitik, ebenso in der Sozialpolitik insbesondere mit Blick auf Fragen der Migration. Im Mittelpunkt der Diskussion um Integration stehen in den o.g. Politikfeldern die Dimensionen Struktur, Kultur, Soziales, Bildung und auch Identität sowie Identifikation.

Rund ein Viertel der in Deutschland aufwachsenden jungen Menschen haben einen Migrationshintergrund. Mit ihren besonderen Ressourcen bieten sie unserer Gesellschaft die Chance zur kulturellen Vielfalt. Gerechtes Aufwachsen verlangt vielfältige Förderung ihrer speziellen Potenziale und Unterstützung zur Teilhabe. Die interkulturelle Öffnung der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe muss nach wie vor vielerorts weiter vom Programm zur Praxis entwickelt werden.

### Teilhabe

Die gesellschaftliche und soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen steht in enger Wechselwirkung vor allem mit Entwicklungen im politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen System sowie mit demografischen Veränderungen. Um allen Kindern und Jugendlichen ein gerechtes Aufwachsen in unserer Gesellschaft zu ermöglichen, müssen individuelle und gesellschaftliche Antworten auf die Frage gefunden werden, wie Teilhabe angesichts schwieriger sozialpolitischer Rahmenbedingungen zu realisieren ist.

### Zum Programm

Veranstalter des 13. DJHT ist die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe/AGJ als bundeszentraler Zusammenschluss und Forum von rund 100 Trägern der freien und öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe.

Auf dem Programm des 13. DJHT stehen der Fachkongress – mit Fachveranstaltungen, Vorträgen, Projektpräsentationen und vieles mehr – und die Fachmesse mit Ständen von Trägern und Institutionen der Kinder- und Jungendhilfe aus ganz Deutschland. Eingeladen sind Mitarbeiter/-innen aller Träger der Kinder- und Jugendhilfe und ihrer Kooperationspartner/-innen.

Eine Teilnahmegebühr für die Besucher/-innen des Fachkongresses und der Fachmesse wird nicht erhoben.

*Weitere Informationen und Kontakt: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe/AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Telefon 030/40040230, E-Mail: djht@agj.de*

**www.jugendhilfetag.de**

inform 1/08

# KiBiz und Schule

nrw

*Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat am 25. Oktober 2007 das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz, kurz: KiBiz) – Viertes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes/SGB VIII – beschlossen, das am 1. August 2008 in Kraft tritt. Das neue Gesetz löst das alte Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder aus dem Jahre 1993 (kurz: GTK) ab. Mit dem neuen Gesetz will die Landesregierung Betreuungsangebote für Unterdreijährige ausbauen, die frühe Bildung und Förderung von Kindern verstärken und mehr Flexibilität für Eltern bei der Nutzung des Angebots erreichen.*
*Im Folgenden präsentiert werden Auszüge aus dem Gesetz und damit einhergehende Regelungen, die die Kooperation mit Schule betreffen bzw. aus schulischer Sicht von Interesse sein könnten. (alma)*

## Bildungsanspruch im KiBiz

Das KiBiz versteht sich ausdrücklich als Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern. Dieser Anspruch ist mehrfach verankert.

So heißt es bereits unter § 1 zu „Geltungsbereich und Begriffsbestimmung“, Abs. 1: „Das Gesetz gilt für die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege.“

Unter § 2 ist als „Allgemeiner Grundsatz“ des Gesetzes festgeschrieben: „Jedes Kind hat einen Anspruch auf Bildung und auf Förderung seiner Persönlichkeit. Seine Erziehung liegt in der vorrangigen Verantwortung seiner Eltern. Kindertageseinrichtung und Kindertagespflege ergänzen die Förderung des Kindes in der Familie und unterstützen die Eltern in der Wahrnehmung ihres Erziehungsauftrages.“

Unter § 3 werden folgende „Aufgaben und Ziele“ für die Träger und Fachkräfte vorgegeben:
„(1) Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege haben einen eigenständigen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrag.
(2) Die Förderung des Kindes in der Entwicklung seiner Persönlichkeit und die Beratung und Information der Eltern insbesondere in Fragen der Bildung und Erziehung sind Kernaufgaben der Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege.“

## Zusammenarbeit mit der Grundschule

Der Auftrag zur kontinuierlichen und damit vor Ort zu institutionalisierenden Kooperation mit der Grundschule ist in § 14 verankert, wo es heißt:
„(1) Kindertageseinrichtungen arbeiten mit der Schule in Wahrnehmung einer gemeinsamen Verantwortung für die beständige Förderung des Kindes und seinen Übergang in die Grundschule zusammen.
(2) Zur Gestaltung des Übergangs vom Elementar- in den Primarbereich gehören neben der intensiven Vorbereitung im letzten Jahr vor der Einschulung durch die Kindertageseinrichtung insbesondere

1. eine kontinuierliche gegenseitige Information über die Bildungsinhalte, -methoden und -konzepte in beiden Institutionen,
2. regelmäßige gegenseitige Hospitationen,
3. die Benennung fester Ansprechpersonen in beiden Institutionen,
4. gemeinsame Informationsveranstaltungen für die Eltern,
5. gemeinsame Konferenzen zur Gestaltung des Übergangs in die Grundschule,
6. gemeinsame Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen.

(3) Zur Durchführung der Feststellung des Sprachstandes nach § 36 Abs. 2 Schulgesetz erhebt der Träger der Tageseinrichtung bei den Eltern, deren Kinder zur Teilnahme an der Sprachstandsfeststellung verpflichtet sind, die folgenden Daten und übermittelt sie an das zuständige Schulamt:

1. Name und Vorname des Kindes,
2. Geburtsdatum,
3. Geschlecht,
4. Familiensprache,
5. Aufnahmedatum in der Kindertageseinrichtung,
6. Namen, Vornamen und Anschriften der Eltern.

Soweit Kinder im Rahmen der Pflichten nach § 36 Abs. 2 Schulgesetz in einer Kindertageseinrichtung zusätzlich sprachlich gefördert werden, ist der Träger der Einrichtung verpflichtet, Angaben über die Teilnahme der Kinder an dieser zusätzlichen Sprachförderung dem zuständigen Schulamt mitzuteilen.“

## Angebote für Schulkinder

Gemäß des gesetzlichen Auftrages in § 24 SGB VIII und mit Blick auf die gewachsene Praxis im Bereich der Angebote für schulpflichtige Kinder in NRW heißt es im KiBiz unter § 5:
„(1) Das Jugendamt kann die Verpflichtung nach § 24 SGB VIII, für Kinder im schulpflichtigen Alter nach Bedarf Plätze in Tageseinrichtungen vorzuhalten, auch durch entsprechende Angebote in Schulen erfüllen. Hierbei soll es mit den Trägern der freien Jugendhilfe zusammenwirken.
(2) Der Schulträger oder das Jugendamt können für außerunterrichtliche Angebote im Rahmen offener Ganztagsschulen und für andere außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Schulen Beiträge von den Eltern oder den nach kommunalem Satzungsrecht gleichgestellten Personen erheben. Der Schulträger oder das Jugendamt sollen eine soziale Staffelung der Beiträge vorsehen. Beiträge für Geschwisterkinder können ermäßigt werden. Dies gilt auch für Kinder, deren Geschwister eine Kindertageseinrichtung besuchen.“

Mit dieser gesetzlichen Regelung können Gebietskörperschaften die Pflichtaufgabe der öffentlichen Träger der Jugendhilfe, bedarfsgerechte Angebote für schulpflichtige Kinder bereit zu halten, nicht nur über die Offene Ganztagsschule im Primarbereich (§ 9 Abs. 3 SchulG NRW), sondern auch über gebundene Ganztagsschulen (nach § 9 Abs. 1 SchulG NRW) und sonstige schulische Ganztagsangebote (nach § 9 Abs. 2 SchulG NRW) erfüllen.

Was die Finanzierung bestehender Angebote für schulpflichtige Kinder durch das KiBiz angeht (Horte, große altersgemischte Gruppe), so heißt es unter § 19 Abs. 5: „Kinder im schulpflichtigen Alter zählen bei der Anwendung der Anlage zu diesem Gesetz nur dann, wenn sie am 1. August 2008 in einer Kindertageseinrichtung aufgenommen sind. Für sie wird eine Kindpauschale längstens bis zum 31. Juli 2012 gezahlt. Die Stichtage der Sätze 1 und 2 gelten nicht für Kinder, die in einer Gruppe mit ausschließlich Kindern im schulpflichtigen Alter (Horte) betreut werden."

Damit setzt sich die Landesförderung für Horte nach dem 01.08.2008 im Rahmen der *dann bestehenden Gruppen* fort (ca. 5.600 Plätze = 20% der Ende 2005 bestehenden Hortplätze). Was die großen altersgemischten Gruppen angeht, so erfolgt letztmalig die Aufnahme von Kindern zum 1.8.2008; demzufolge läuft die Finanzierung von Schulkindern in dieser Angebotsform zum 31.07.2012 aus.

*Den vollständigen Gesetzestext sowie weitere Materialien zum KiBiz unter: www.mgffi.nrw.de (Pfad: kinder-und-jugend/KiBiz)*

*Für Fragen zum KiBiz steht die Fachberatung „Tageseinrichtungen für Kinder" bei den Landesjugendämtern zur Verfügung. Kontakthinweise zu den regional zuständigen Fachberater/-innen unter: www.jugend.lvr.de (LJA Rheinland) www.lwl.org (LJA Westfalen-Lippe)*

*Kontakt für Rückfragen zum Beitrag: alexander.mavroudis@lvr.de*

# Sprachförderung in Tageseinrichtungen für Kinder

**Das Ministerium für Generationen, Familien, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen teilt mit:**

91.500 Kinder erhalten im laufenden Kindergartenjahr 2007/8 zusätzliche Sprachförderung, im Kindergartenjahr 2006/7 waren es insgesamt 66.000 Kinder. Damit erhalten landesweit 25.500 Kinder mehr zusätzliche Sprachförderung als im vergangenen Kindergartenjahr. Diese Zahlen gab Kinder- und Jugendminister Armin Laschet im Landtag in Düsseldorf bekannt. „Die Landesregierung macht ihre Versprechungen wahr: Es werden jetzt wesentlich mehr Kinder gefördert als früher und die Förderung erfolgt über einen deutlich längeren Zeitraum", sagte Minister Laschet.

Der Minister weiter: „Während die rot-grüne Vorgängerregierung nur einem begrenzten Kreis von Kindern die zusätzliche Sprachförderung gewährte, hat die schwarz-gelbe Landesregierung die hohe Bedeutung von vorschulischer Sprachförderung erkannt und die Mittel von 7,5 Millionen Euro (im Jahr 2005) auf 28 Millionen Euro vervierfacht. Neben dem finanziellen Umfang wurde auch die Qualität der zusätzlichen Sprachförderung verbessert."

Kamen bislang überwiegend Fünfjährige für die zusätzliche Sprachförderung in Frage und erhielten entweder einen sechsmonatigen „Crashkurs" oder einen zehn Monate dauernden Kurs, so werden jetzt landesweit alle Vierjährigen nach einem einheitlichen Verfahren getestet und anschließend zwei Jahre lang bis zur Einschulung gefördert. Dafür zahlt das Land pro Kind und Jahr 340,- EUR.

Erfreulich ist auch, dass die Intensivierung der Sprachförderung durch die Landesregierung in den Kindertagesstätten Erfolg zeigt. In den so genannten „Crashkursen" ist die Zahl der Kinder mit Sprachdefiziten um 5000 zurückgegangen. Damit kommen die Kinder mit besseren Deutschkenntnissen in die Schule. „Nordrhein-Westfalen wird so zum Land der neuen Chancen", sagte Laschet.

**www.mgffi.nrw.de**
**28.02.2008**

# Kompetenzzentren an LVR-Schulen

LVR

## LVR bewirbt sich für Projekt der Landesregierung – Ziel ist die bessere Förderung von behinderten Kindern

### Dreijährige Pilotphase mit 20 Schulen

Mit vier seiner 40 Rheinischen Förderschulen bewirbt sich der Landschaftsverband Rheinland (LVR) für die Teilnahme an einem Pilotprojekt der Landesregierung. Das haben die rheinischen Politiker/-innen des LVR-Schulausschusses in ihrer jüngsten Sitzung entschieden.

Ziel ist der Ausbau der Schulen zu Kompetenzzentren, in denen Kinder mit Handicap noch besser als zuvor gefördert werden können, um sie möglichst wohnortnah und integrativ in allgemeinen Schulen zu unterrichten. Erreicht werden soll dies durch die Bündelung pädagogischer Förderungen und die Vernetzung weiterer Unterstützungsangebote wie etwa schulpsychologischer Beratungsstellen, Familien- und Erziehungsberatungen mit dem Kompetenzzentrum.

„Gerade für Kinder mit Handicap ist es wichtig, dass sie umfassende Unterstützung erhalten. Nur wenn sich die Leistungen unterschiedlicher Hilfen ergänzen, können unsere Schülerinnen und Schüler gezielt und auch nachhaltig gefördert werden“, so LVR-Schuldezernent Michael Mertens.

Für die dreijährige Pilotphase, die das Land Nordrhein-Westfalen zum Schuljahr 2008/2009 startet und an der insgesamt 20 Schulen teilnehmen können, bewirbt sich der LVR mit seiner Rheinischen Förderschule in Oberhausen, Förderschwerpunkt Körperliche und motorische Entwicklung, seiner Rheinischen Förderschule in Krefeld für Hören und Kommunikation und seinen Rheinischen Förderschulen, Förderschwerpunkt Sehen, in Düren und Duisburg.

**www.lvr.de, 05.02.2008**

### Förderschulen werden zu Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung ausgebaut

Um alle Maßnahmen der sonderpädagogischen Förderung zu bündeln sowie diese an Förderschulen und im allgemeinen Schulsystem zu verankern, hat die Landesregierung mit dem Schulgesetz (§ 20 Abs. 5) die Möglichkeit geschaffen, dass Schulträger Förderschulen zu Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung ausbauen können. Schulträger, die sich mit ihren Schulen für diesen Ausbau zu einem Kompetenzzentrum für sonderpädagogische Förderung interessieren, konnten sich bis Ende Februar 2008 unter Vorlage der in den vom Landeskabinett gebilligten Eckpunkten genannten konzeptionellen Voraussetzungen über die Bezirksregierungen beim Ministerium für Schule und Weiterbildung um die Teilnahme an der Pilotphase bewerben.

In den kommenden drei Jahren sollen bis zu 20 solcher Kompetenzzentren entstehen. Sie sollen die Systeme Förderschule und Gemeinsamer Unterricht in einem örtlichen oder regionalen Netzwerk von Schulen zu einem Gesamtsystem sonderpädagogischer Förderung zusammenführen.

*Weitere Infos unter: www.msw.nrw.de*
*(Pfad: Schulsystem/Schulformen/Foerderschulen)*

## Jugendhilfe Report 1/08

### Schwerpunktthema „Gerechtes Aufwachsen ermöglichen: 13. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag 2008 in Essen“

Sich für ein gerechteres Aufwachsen junger Menschen einsetzen zu können, setzt vielfältige Rahmenbedingungen voraus.

Partnerschaftlich, fachkompetent, am Bedarf junger Menschen und deren Familien orientiert und unter ihrer größtmöglichen Beteiligung sind in diesem Kontext aber oftmals unliebsame Forderungen, die es in kontrovers geführten Prozessen kontinuierlich zu beachten gilt. Mit deren Veröffentlichung wird dann die Chance der fachpolitischen Auseinandersetzung eröffnet, um – vielfach dadurch erst – über Lösungsstrategien entscheiden zu können.

Eine neue Institution muss dafür jedoch nicht erfunden werden: In der zweigliedrigen Struktur der Jugendämter sind Kooperation, Partizipation, Vernetzung, breit repräsentierte Fachlichkeit und planerische Abstimmung zugrunde gelegt. Als Teil der Jugendämter besitzen dazu ergänzend die Jugendhilfeausschüsse Beschlussrecht und unterscheiden sich damit maßgeblich von unverbindlich tagenden Beiräten aller Art.

Die in der öffentlichen Verwaltung nach wie vor als Ausnahme zu bezeichnende Zweigliedrigkeit greift aber in ansonsten gewohnte Entscheidungswege ein und wird daher von vielen Hauptverwaltungsbeamten skeptisch gesehen, obwohl sie gleichzeitig Kinder, Jugend und Familie als wichtigstes Politikfeld benennen.

Machen Sie sich selbst ein Bild. Informieren Sie sich auf dem Deutschen Jugendhilfetag vom 18. bis 20. Juni 2008 in Essen über Jugendämter, Landesjugendämter, ihre Aufgaben und über deren aktuellen Projekte.

Denn die gesetzliche Umsetzung der Föderalismusreform auf Länderebene, welche die Abschaffung dieser Struktur erleichtern soll, wird bereits diskutiert.

*Michael Mertens*
*Leiter des Dez. Schulen, Jugend im LVR*

### Zum Inhalt von Heft 1/08:

Zum Schwerpunktthema „Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag“:
– Gemeinsam für Kinder und Jugendliche.
– Partizipation.
– Bildung
– Integration.

Darüber hinaus im Heft: Beiträge zu „Gewaltprävention – die Wirksamkeit ist belegt“, „köln kickt: Straßenfußballprojekt“, „Kinderdinner: ein Gesundheitsprojekt“, Neues aus Landesjugendamt und Landesjugendhilfeausschuss, Aktuelles aus der Gesetzgebung, aktuelle Veranstaltungshinweise und vieles mehr.

*Kontakt: Christoph Gilles*
*Telefon 0221/809-6253*
*christoph.gilles@lvr.de*

**Download unter:**
**www.jugend.lvr.de**
**(Service/Publikationen)**

## Impressum

***inform*** bietet fachliche Beiträge, redaktionelle Zusammenfassungen von Gesetzesneuerungen, Runderlassen, Richtlinien, Rezensionen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

***inform*** richtet sich an Fachkräfte, Träger, Verantwortliche von Jugendhilfe und Schule.

**Redaktion & Korrektorat:** Alexander Mavroudis/alma. Redaktionsschluss der Ausgabe 2/08 ist der **16. Mai 2008.** Kontakt: *alexander.mavroudis@lvr.de*

**Gestaltung & Grafik:** alma, Hans Peter Schaefer/hps

**Fotos (soweit nicht angegeben):** Titelseite: Herr Porada, Janus-Korczak-Schule, Köln. Innen: hps (S. 28, 31, 35); Stadt Düsseldorf/Jugendamt, Abt. Tageseinrichtungen (S. 6, 14, 24); LAG Kunst & Medien NRW (S. 31); Herr Porada, Janus-Korczak-Schule, Köln (S. 3, 34)

**Textverarbeitung:** Manuela Scholz

**Herausgeber:** Landschaftsverband Rheinland (LVR), Dezernat Schulen, Jugend/Landesjugendamt, Hermann-Pünder-Str. 1, 50663 Köln. Im Internet: www.lvr.de. – Verantwortlich: Michael Mertens

***inform*** ist kostenlos und erscheint vier Mal jährlich. Bereits erschienene Ausgaben sind dokumentiert unter: www.jugend.lvr.de (Service/Publikationen)

**Bezug**: Die Aufnahme in den Verteiler für den Online-Versand erfolgt per E-Mal an: *brigitte.schweiger@lvr.de*